

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Außenburg unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stantigh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Beisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Persönliche Anzeigen  
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 A.

## Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unförm Opferfinn müssen alle Pläne der Unternehmer zerfallen!

Inhalt: Zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906. — Politische Moral. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Das sozialpolitische Zentrum. — Maurerbewegung: Streiks, Ausschreitungen, Mahnungen. Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen der Ortsverbände. — Berichte. Aus Schlesien. Aus Ungarn. Aus England. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterhaus, Submissionen usw. — Aus Unternehmertum. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Antw. Beschl. des letzten Parteitages findet der diesjährige in Essen a. d. Ruhr statt. Er tritt am Sonntag, den 15. September, Abends 7 Uhr, zusammen. Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Parteivorstandes wollen wir zunächst die Mitteilungen berücksichtigen, die für die Gewerkschaften von besonderem Interesse sind. Es wird da gesagt, mit großer Befriedigung sei von den Genossen der Ausgang der Debatten über den Massenstreik auf dem vorjährigen Parteitag aufgenommen worden, „weil hier die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften klargelegt wurde“. Diese „Klarlegung“ hat bekanntlich schon auf früheren Parteitagen stattgefunden, aber nicht so erfolgreich, als es in Mannheim der Fall war. Damit heißt es weiter:

„Die Furcht bei einzelnen Parteigenossen und die Hoffnungen der Gegner, daß es zu einem Kampf zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könne, wurden in Mannheim beseitigt. Der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften kann nur in der Theorie bestehen. Der Kern der Partei ist gleichzeitig in den Gewerkschaften, und es gibt keine freie Gewerkschaft, deren Mitglieder nicht größtenteils Sozialdemokraten sind. Eine gewisse Schließung besteht nur solange und soweit, als verschiedene Tätigkeitsgebiete für die politische und gewerkschaftliche Organisation bestehen. Der Massenstreik war aber eine Frage, der das Tätigkeitsgebiet beider Organisationen berührt.“

Bekanntlich fand die Frage des Massenstreiks in Mannheim eine andere Erklärung, als sie im Jahre zuvor in Jena gefunden hatte — eine Erklärung entgegen den bedenklichen Mißdeutungen, die dem Jenaer Beschl. von gewisser Seite in der Partei gegeben worden waren im sogenannten „radikalen“ Sinne.

Dann wird darauf hingewiesen, daß „nicht die theoretische Erörterung gewisser Fragen allein, die gewerkschaftliche und politische Organisation auf einem Kampfplatz zusammenführt, sondern auch der tägliche Kampf, die wirtschaftlichen Kämpfe um Fragen, die zum Teil nur durch die Gesetzgebung geregelt werden können. Es wird erinnert an den am 17. November 1906 von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwurf über die gewerblichen Berufsvereine, der die Wünsche der Streikbrecher, betreffend die Schadenersatzpflicht der gewerkschaftlichen Organisationen bei Streiks erfüllt und diese Organisationen damit lahm legen sollte. Auch der Gründung der „nationalen Arbeitervereine“ und der „gelben Gewerkschaften“, die den Zweck haben, die indifferente Arbeiterchaft gegen die Klassenbeweise aufzubringen, wird gedacht. Ferner des Syndikatswesens und seiner Einwirkungen auf die Arbeiterbewegung.

„Die in Syndikaten vereinigten Unternehmer rühmen sich, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung weniger getroffen werden. Dadurch, daß ganze Industriezweige, wie

der Kohlenbergbau und Groß-Eisenindustrie, in Syndikaten vereinigt sind, und nicht der Einzelunternehmer als Verkäufer auf dem Weltmarkt auftritt, ist die Gefahr des Verlustes der Rundschau von Arbeitern ausgeschlossen. Etwas Streiks müßten sich gegen das ganze Syndikat richten, müßten also Massenstreiks sein. Für diese sind schwer die Mittel zu beschaffen. Andererseits besteht aber für die Arbeiter das beruhigende Gefühl, daß solche Streiks nie durch Anwerbung von Streikbrechern verloren gehen können. Je mehr aber die geeinten Unternehmungen den Charakter öffentlicher Einrichtungen annehmen, um so mehr wird es Aufgabe der Gesetzgebung, die Mißstände, die bei den Kleinunternehmern durch Streiks beiseite werden, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. So würden die Verhältnisse zusammen, gemeinsame Tätigkeitsgebiete für Partei und Gewerkschaften zu schaffen, und zwingen so die Arbeiter, mit ihren Organisationen zusammenzuwirken. Dadurch werden dann die Befürchtungen der Arbeiter und die Hoffnungen der Gegner, daß es zu einem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könnte, endgültig beseitigt.“

Im allgemeinen bestätigen die Ausführungen des Parteivorstandes den Standpunkt, den wir stets, betreffend das Verhältnis der Gewerkschaften, eingenommen haben.

Bezüglich der Frage, wie sich die Partei zu den lokal organisierten Gewerkschaften zu stellen hat, war dem Parteivorstande vom Mannheimer Parteitag der Auftrag geworden, den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Resolution des Lübecker Parteitages zu regeln. Ueber die Ausführung dieses Beschlusses und über das Resultat macht der Bericht folgende Mitteilungen:

„Im Einverständnis mit der Generalkommission haben wir am 23. März bei der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angefragt, ob sie bereit sei, mit uns auf Grundlage des Mannheimer Beschlusses in Verhandlungen einzutreten. Die Geschäftskommission antwortete, daß sie sich zu solcher Verhandlung nicht autorisiert halte; sie werde aber diesfalls bei allen ihr angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Umfrage veranlassen. In Betracht kommen 12 Zentralorganisationen und 18 lokale Organisationen. In der Umfrage wurden den Organisationen folgende Fragen vorgelegt:

1. Soll die Geschäftskommission im Sinne des Parteivorstandes überhaupt in Verhandlungen eintreten?
2. Ist in eurer Organisation Meinung vorhanden, sich mit dem zuständigen Zentralverband zu verständigen?
3. Werdet ihr unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen treten, die den Anschluß eurer Organisation an die Zentralverbände bezwecken?

Am 31. Mai teilte uns die Geschäftskommission das Ergebnis dieser Umfrage mit. Die Frage 1 wurde von 5 Organisationen mit Ja beantwortet, von einer nur bedingungsweise; eine überläßt es der Geschäftskommission und eine weitere wollte erst später Stellung nehmen. Die Fragen 2 und 3 wurden von 2 Organisationen bejaht. Am Schlusse ihres Schreibens bemerkte die Geschäftskommission:

„Indem wir dem Parteivorstand dieses Resultat unterbreiten, stellen wir zu gleicher Zeit anheim, die Schlüsse selber zu ziehen und nach eigenem Ermessen handeln zu wollen.“

Deutlicher erklärte sich die Geschäftskommission in einem Artikel in Nr. 26 der „Einigkeit“ vom 29. Juni. Es wurde darin mit uns in der Sache geführte Korrespondenz veröffentlicht und am Schlusse folgendes bemerkt:

„Für uns ist diese Angelegenheit hoffentlich bis zum 8. Kongreß erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Einigungsversuche usw. von außen her die Fortentwicklung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften stören und schädigen zu lassen und dabei noch selber mitaufheben. Wenn das Programm und die Anschauungen, die in der Freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht paßt und wer befriedigt um des lieben Friedens und anderer Gründe willen in die reformerischen Zentralverbände, die sich der Pro-

jektion der sozialdemokratischen Partei und deren gesamten Vorstände, einschließlich der Kontrollkommission, erfreuen, unterzügen will, der mag gehen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse des 7. Kongresses, trotz Lübeck, Mannheim und trotz Essen.“

Mit solidarischen Gruß

Für die Geschäftskommission: Fritz Rater.

Der Parteivorstand hielt es für zweckmäßig, trotzdem noch einen weiteren Versuch zu unternehmen und wandte sich in einem Schreiben direkt an sämtliche der Geschäftskommission angeschlossene Organisationen. In diesem Schreiben hat der Parteivorstand unter Hinweis auf die durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen dringend ersucht, noch einmal die in Frage kommenden Parteitagsbeschlüsse ernstlich in Erwägung zu ziehen und ihm mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Das Ergebnis dieser Umfrage lag bei der Abfassung des Berichts noch nicht abgeschlossen vor.

Die zentralorganisierten Gewerkschaften haben aber ein erhebliches Interesse daran, daß diese Frage endlich ihre Entscheidung im Sinne der Lübecker Resolution findet. Der Essener Parteitag sieht sich wieder vor Anträge gestellt, die diese Entscheidung fordern. Ein Antrag von Berlin IV lautet:

„In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmerorganisationen die Erhaltung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht;

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderhindelei nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erachtet die Generalversammlung vom Parteitag, daß derselbe Sinn und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokal organisierten Gewerkschaftsorganisationen richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.“

In einem Antrage von Sachsen-Altenburg heißt es:

„Die Lokalfisten enthalten nun auch in der Provinz das die Arbeiterfrage so sehr schädigende Treiben und gründen zum Gedium unserer Gegner ihre Lokalfistischen Zentralorganisationen, die unter heutigen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterfrage doch nur Rand und Streik hervorzurufen geeignet sind.“

Viele Mitglieder der Lokalfistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine solch parteischädigende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenen Verrat an der Arbeiterfrage ansehen muß. Diesem Treiben muß schon deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Lokalfisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie früher, die Gewerkschaften auseinander zu sprengen beabsichtigen.“

Die Altenburger Parteioorganisationen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Essener Parteitag eine klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage.“

Die Parteioorganisation von Zeltow-Weesow erachtet die Verhandlungen mit den lokalorganisierten Gewerkschaften noch nicht für abgeschlossen und wünscht, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen. Nach den gemachten Erfahrungen können wir uns davon nichts versprechen. Der Parteitag wird sich nach den näheren Mitteilungen des Parteivorstandes wohl ein Urteil darüber bilden können, ob sich eine weitgehende Rücksichtnahme notwendig und erprießlich ist. Nach unförm Ermessen hätte schon der Mannheimer Parteitag die Entscheidung treffen müssen. Jetzt die Entscheidung abermals auf ein Jahr zu verlagern, halten wir für perfide.

Ueber die Maifeier in diesem Jahre sagt der Bericht, sie sei trotz mancherlei ungünstiger Umstände so glänzend verlaufen, wie in irgend einem Vorjahre.

In den Orten, wo Linzüge erlaubt waren, gestalteten diese sich zu imposanten Demonstrationen. Versammlungen fanden mehr als in den Vorjahren statt, und aus allen Gegenden berückten die Genossen über starken Besuch und begeisterte Stimmung. Die Arbeiter Deutschlands bewiesen, daß sie für die Verwirklichung der Forderungen eintreten, die in allen Ländern am 1. Mai gestellt werden.

Bischoff ist der Aufruf des Parteivorstandes vom 15. April 1907 in der Parteipresse und in Versammlungen angegriffen worden, weil in dem Aufruf davon abgeraten wurde, dort Arbeitsruhe eintreten zu lassen, wo große Ausperrungen in sicherer Aussicht standen.

Der Bericht legt nun dar, daß das, was in dieser Hinsicht in dem Aufruf gesagt wurde, den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Kongresses in Amsterdam entspricht. Der Schlußsatz der Amsterdamer Resolution lautet:

„Der Kongreß macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen.“

Der Bericht führt aus, daß vor dem 1. Mai eine Anzahl Lohnkämpfe fielen, bald nach dem 1. Mai große Lohnkämpfe, Streiks und Ausperrungen (so der Berliner Bauhandwerker) in Aussicht standen, sowie daß die Steigerung der Lebensmittelpreise den Ausbruch einer großen Zahl Einzelkämpfe erwarten ließ. Dann wird hinzugefügt:

In solchen Situationen ließen es die Unternehmer, ihre Gewerkschaft gegen die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen hinter politischen Vorwänden zu verstecken. Einfache Lohnkämpfe suchte man zu politischen Machtfrazen umzugestalten und sich so die Sympathien der Kreise zu erwerben, die bei einfachen Lohnkämpfen gleichgültig beiseite fielen und in vereinzelten Fällen gar auf Seite der Arbeiter traten. Um dieses Treiben der Unternehmer zu durchbrechen und die Gewerkschaften in der schwierigen Situation der weiteren Verlegenheiten zu befreien, wurde der angegriffene Passus in den Aufruf aufgenommen. Wenn der Satz praktische Bedeutung haben soll, daß von der Arbeitsruhe da Abstand genommen werden kann, wo durch die Arbeitsruhe eine Schädigung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist, dann ist es zweifellos da zutreffend, wo man mit Sicherheit annehmen kann, daß die Arbeitsruhe vom Unternehmertum benutzt wird, um Lohnkämpfe größerer Stils auf einem für sie günstigen Terrain zu provozieren.“

Nach dem Bericht des Parteivorstandes hat die Parteiorganisation einen glänzenden Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl stieg von 384 377 im Jahre 1906 auf 530 466 im Jahre 1907. Das ist eine Zunahme von 38 pZt. So wurde die Sozialdemokratie durch die Reichstagsneuwahlen, denen der Bericht auch ein Kapitel widmet, „nieberrgritten“.

Der Wahlkampf hat im ganzen Reiche eine Gesamtausgabe von rund M. 1 570 000 erfordert, wovon M. 412 118,29 von der Zentralfaktion getragen worden sind. Von der letzteren Summe sind M. 393 840,49 den Bezirks- bzw. Landesorganisationen als Zuschuß gewährt worden.

Der Stand der Parteipresse hat im Bericht infolge verspäteten Einlaufens der Geschäftsberichte noch nicht zahlenmäßig festgelegt werden können. Doch ist mit Sicherheit zu sagen, daß sie im letzten Jahre große Fortschritte gemacht hat.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme der Zentralfaktion im abgelaufenen Geschäftsjahre von M. 1 003 819 nach. Zum ersten Male hat die Einnahme eine Million überschritten. Der Kassenbestand war M. 1 380 418. Die Ausgabe insgesamt belief sich auf M. 1 358 122. Davon entfielen auf Wahlagitatio M. 459 501, auf allgemeine Agitation M. 189 069, auf Propaganda M. 137 866, auf Parolen an in der Entwicklung begriffene Parteigeschäfte M. 208 093, auf die Parteischule M. 66 616, auf Gehälter und Verwaltungsausgaben M. 34 667, auf Projekunlosen M. 11 609 ufw. Alles in allem konstatiert der Bericht eine erfreuliche Entwicklung der Partei.

Auch der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion liegt dem Parteitage im Druck vor.

Jedenfalls erleichtert die vorherige schriftliche Berichtserstattung die Verhandlungen ganz bedeutend.

Bereits sind 72 an den Parteitag gerichtete Anträge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung veröffentlicht worden. Duzende werden noch hinzukommen. Einige der Anträge fordern, daß der Parteitag erklärt, jeder Parteigenosse hat sich bei Stichwahlen zwischen Kandidaten bürgerlicher Parteien unbedingt der Stimme zu enthalten. Nach unserer Überzeugung würde es ein schwerer taktischer Fehler sein, so zu beschließen. Die sozialdemokratische Partei kann und

darf sich nicht in solcher Weise festlegen, ohne wichtige Volks- sowie eigene Interessen aufs Spiel zu setzen. Von Fall zu Fall muß die Entscheidung, ob man bei Stichwahlen das „kleinere Übel“ unterstützt, erfolgen. Es ist denn doch nicht liberale, ob ein Zentrumsmann oder ein entschiedener Liberaler, der Garantien dafür bietet, daß er die Volksfreiheit, das gemeine Recht, das Wahlrecht, das Koalitionsrecht u. verteidigt, in den Reichstag gelangt, oder ein Reaktionsär, der ein Feind der Freiheit und des Rechtes ist.

Daß auch die Alkoholfrage auf dem Parteitage zur Verhandlung gelangen soll, erachten wir nicht als eine Konzession an die Abstinentenbewegung, nicht als einen Versuch, die Partei in den Dienst dieser Bewegung zu stellen. Mit einem etwaigen Verluße, das zu tun, würde man wohl auch kein Glück haben. Es kann sich vernünftigerweise nur darum handeln, durch Belehrung und durch das Bemühen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, gegen die Vermählungen anzukämpfen, die der übermäßige, der ungesunde, der unzeitige Alkoholgenuß bewirkt. Abstinenten-Fanatismus zu propagieren, kann und darf nicht Sache der Partei sein. Wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß der Parteitag in diesem Sinne entscheiden wird.

Indem wir dem in Essen versammelten Jahresparlament der deutschen Sozialdemokratie unseren herzlichsten Gruß entbieten, verbinden wir damit den Wunsch, daß er gute, fruchtbringende Arbeit leisten möge.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906.

### III.

Um das Bild von der Gewerkschaftsbewegung zu vervollständigen, müssen wir noch einen Blick auf die uns mehr oder minder feindlich gestimmten Gewerkschaften werfen. Da ist zunächst die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (die sogenannten Rotaxisten). Genaue Angaben über den Stand der Organisation kann die Generalkommission nicht machen. Nach der Schätzung der Vorstände der Zentralverbände hatte die genannte Vereinigung im Jahre 1906 etwas über 13 000 Mitglieder, die sich auf folgende Berufe verteilten: Maurer 3000, Zimmerer 3000, Handels- und Transportarbeiter 1600, Bauhilfsarbeiter 1500, Steinarbeiter 1000, Töpfer 700, Schmied 500, Gefäßarbeiter 350, Gemeindegewerkschaften 315, Böttcher 300, Büchsenmacher 300, Textilarbeiter 200, Maler 150, Hotelbediener 110, Barbier 50, Stülckarbeiter 40, Tapezierer 30; zusammen 13 145 gegenüber 12 736 im Jahre 1905. Durch den Anschluß des Verbandes der Berliner Hausbienen an den Verband der Handels- und Transportarbeiter ist die Zahl der Mitglieder lokaler Vereine in diesem Berufe von 12 000 im Jahre 1905 auf 1600 im Jahre 1906 zurückgegangen. In der Metallindustrie waren für 1905 4200 Mitglieder angegeben, während für 1906 keine Angabe gemacht ist. Es läßt sich bei den unsicheren und wechselnden Angaben bezüglich dieser Organisationen nicht sagen, ob, abgesehen von dem Berufe der Handels- und Transportarbeiter, tatsächlich ein Verlust von Mitgliedern in dieser Organisationsgruppe eingetreten ist. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder dieser Vereinigung wohnt in Berlin und seiner näheren Umgebung.

Die Christlich-Deutschen Gewerkschaften hatten 1906 in 2146 Ortsgruppen 118 508 Mitglieder gegenüber 117 097 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von nur 1411. Die Jahressumme betrug M. 1 404 074, die Ausgabe M. 1 344 277. Der „Gewerksverein“, das Organ der Christlich-Deutschen, gibt die Ausgabe mit M. 1 400 182 an, doch sind hier fälschlicherweise die angelegten Gelder im Betrage von M. 56 955 eingerechnet. Im Kassenbestand verblieben am Jahresschluß in der Gewerkschaftsvereinskasse M. 1 318 413, in Kassen- und Begräbniskassen M. 1 372 851, in Begräbniskassen M. 935 816, zusammen M. 3 626 082. — Abgesehen von den Gewerkschaften der Maschinenbauer, Kaufleute und Fabrikarbeiter, kommen die einzelnen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl kaum in Betracht. Es hatten Mitglieder: Maschinenbauer 48 199, Kaufleute 18 623, Fabrikarbeiter 17 133, Tischler 6994, Textilarbeiter 6299, Schuhmacher 5300, Schneider 4050, Bergarbeiter 2509, Tabakarbeiter 1000, Graphische Berufe 1899, Töpfer 1774, Bauhandwerker 451, Brauer-Berlin 445, Konditoren 298, Schiffszimmerer 251, Brauer-Hamburg 138, Kellner 84, Brauer-Stettin 50, Kesselschläger 47.

Die zu einem sogenannten Gesamtverband gehörenden christlichen Gewerkschaften hatten 1906 in 3048 Ortsgruppen 247 116 Mitglieder gegen 188 106 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von 59 010. Unter den Mitgliedern befinden sich 21 646 weibliche. Die Jahressumme dieser Gewerkschaften betrug M. 3 378 833, die Ausgabe M. 2 709 280, der Kassenbestand am Jahresschluß

M. 2 370 782. Im einzelnen wurden verausgabt für: Verbandsorgan M. 275 280, Agitation M. 262 787, Streit- und Gemahregelunterstützung M. 853 436, Rechtschutz M. 61 233, Reise- und Arbeitslosenunterstützung M. 84 464, Krankenunterstützung M. 295 485, Sterbegeld M. 136 994, Sonstige Unterstützung M. 12 494, Bildungsförderung M. 15 203, Beitrag an den Gesamtverband M. 35 470, Gehalt M. 76 681 und an Verwaltungskosten M. 124 977.

Von den einzelnen Verbänden, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1906 Mitglieder: Bergarbeiter 78 542, Bauhandwerker 86 459, Textilarbeiter 84 581, Metallarbeiter 24 744, Bayerische Eisenbahner 22 155, Hilfs- und Transportarbeiter 18 023, Holzarbeiter 10 222, Keramarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6437, Seimarbeiterinnen 3600, Schuh- und Lederarbeiter 3260, Schneider 3124, Buchdrucker (Bundensbund) 2714, Maler und Anstreicher 2577, Graphisches Gewerbe 1060, Bayerische Salinenarbeiter 823, Kranenpflüger 642, Gärtner 670, Bäcker 472.

Neben diesem Gesamtverband: christlicher Gewerkschaften existieren noch eine Reihe „unabhängiger“ Gewerkschaften, die als „christlich“ gelten wollen, und zwar: der Verein deutscher Eisenbahnhandwerker mit 35 000 Mitgliedern, Verein zur gegenseitigen Hilfe (Ober-schlesien) 10 000, Bayerische Postpersonal 9439, Bahische Eisenbahner 8700, Württembergische Eisenbahner 7845, Württembergische Postpersonal 2557 Mitglieder. Diese Organisationen hatten eine Jahressumme von M. 266 082, eine Ausgabe von M. 268 478 und am Jahresschluß einen Kassenbestand von M. 235 162.

Damit ist aber die Zersplitterung der Arbeiterbewegung noch nicht zu Ende; wir haben noch weiterer 24 „unabhängiger“ Gewerkschaften zu erwähnen: Gattungsgehilfen mit 19 000 Mitgliedern, Zibibersammler 12 000, Bergarbeiter 10 000, Eisenbahner (Eisenbahner) 9153, Handelsreisende 5500, Maschinisten (Schiff. Verband) 5000, Bureauangestellte 4000, Brauer 2000, Gemeindegewerkschaften 1770, Zeichner 911, Bäcker 900, Konditoren 600, Fotografen 600, Graveure der Stoffdruckindustrie 500, Porzellanarbeiter 350, Textilarbeiter (Meinischer Verband) 300, Buchdruckerhilfsarbeiter 200, Dachbeder 200, Photographen 150, Buchbinder 120, Hotelbediener 110, Zigarrenfertiger 80, Apphalteure 60, Sattler mit 60 Mitgliedern.

Neben all diesen „Gewerkschaften“ werden noch viele Berufsvereine mit Tausenden von Mitgliedern bestehen, da sie aber für den gewerkschaftlichen Kampf so gut wie gar nicht in Betracht kommen, müssen die Mitgliederzahlen hier ausbleiben. Wir sind der Meinung, daß man auch die anderen „unabhängigen“ Vereine, sowohl die „neutrale“ wie „christliche“, „unabhängigkeits“, nicht eigentlich zu den Gewerkschaften zählen kann, da sie aber in der Statistik der Generalkommission aufgeführt werden, wollen auch wir sie hier nicht ausbleiben. — Die genannten sechs Gruppen: Zentralverbände, Freie Vereinigung, Christlich-Deutsche Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften, Christliche Unabhängige und ganz Unabhängige, hatten 1906 insgesamt 2 215 165 Mitglieder gegenüber 1 819 930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 395 234. Von dieser entfallen auf die Zentralverbände 344 006, die Christlich-Deutschen Gewerkschaften 1411, die christlichen Gewerkschaften 59 010 und die „unabhängigen Vereine“ 8282. Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu die Zentralverbände um 25,6 pZt., die christlichen Gewerkschaften um 20,8 pZt. und die Christlich-Deutschen Gewerkschaften um 1,2 pZt. Nebeneinander gestellt, ergibt sich folgendes Bild.

Name der Gewerkschaft	Mitgliederzahl			
	1905	1906	Zunahme	Abnahme
Zentralverbände	1344803	1689709	344906	—
Freie Vereinigung	27736	13145	—	14591
Christlich-Deutsche Gewerkschaften	117097	118508	1411	—
Christliche Gewerkschaften (Gesamtverbände)	188106	247116	59010	—
Christliche Gewerkschaften (Unabhängige)	76926	78132	—	3794
Unabhängige Vereine	65292	73544	8282	—
Summa	1819930	2215165	395234	18885

Die Entwicklung der drei durch die Weltanschauung ihrer Mitglieder am schärfsten getrennten Gruppen seit dem Jahre 1900 zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Mitgliederzahl der			
	Zentralverbände	Freie Vereinigung	Christlich-Deutsche Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1900	680427	91661	159770	—
1901	677510	96765	160772	—
1902	73206	102851	177329	—
1903	86788	110215	192687	—
1904	1052108	111889	207484	—
1905	1344903	117097	265032	—
1906	1689709	118508	320248	—

† Im Jahresdurchschnitt. — \* Anstöße der christlichen Unabhängigen.



Die Jahreseinnahmen und Ausgaben, sowie der Kassenbestand am Jahreschluss 1906 stellen sich in den drei Organisationen, inkl. der christlichen Unabhängigen, wie folgt:

Name der Organisation	1906		
	Jahres-einnahme	Jahres-ausgabe	Vermögens-bestand
Zentralverbände.....	41602939	86963413	25312634
Christl. D. Gewerkschaften.....	1404074	1844277	3628089*
Christliche Gewerkschaften.....	3378833	2709260	2370782
Christliche Unabhängigen.....	266082	265473	235162
Summa.....	46651878	41285433	31544660

\* Davon in Gewerkschaften u. A. 1318 415. Der Rest ist in Kassen und Verwaltungen festgelegt.

Für Unterhaltungen und Streiks ver-  
ausgaben:

Name der Organisation	1906		
	Mit- glieder- zahl	Für Unterhaltungen und Streiks (ohne Streik)	Für Unterhaltungen und Streiks (mit Streik)
Zentralverbände.....	1689709	4870143	2,88
Christl. D. Gewerkschaften.....	118508	222507	1,88
Christliche Gewerkschaften.....	247116	108191	0,44
Christliche Unabhängigen.....			

In dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wird ihre Zukunft also geschildert:

„Wir haben uns noch nie der Illusion hingegeben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen werden könne. Dafür fehlen noch die äußeren Vorbedingungen (Umfang und Alter der Organisationen, Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation). Galt die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre an, werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften bald 2½ Millionen, die christlichen dagegen circa 500 000 Mitglieder zählen. Und diese halbe Million bildet dann den Regulator sowohl gegenüber schärfmachenden Plänen wie auch zur politischen und gesellschaftlichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Bewegung.“

Die „Christen“ sind wenigstens so lebenswürdig, zu bemerken, daß die christlichen Gewerkschaften die Zentralverbände nicht in nächster Zeit erreichen oder übertreffen werden. Für die spätere Zeit steht somit, glücklicherweise nur nach Meinung der Führer der christlichen Gewerkschaften, den Zentralverbänden dieses fürchterliche Schicksal bevor. Wenn die Mitgliederentwicklung so anhält, wie in den letzten Jahren, dann sollen die christlichen Gewerkschaften bald 500 000 Mitglieder zählen. Das wird wohl nicht ganz zutreffen. Daß sie einmal an 500 000 Mitglieder bekommen werden, kann schon stimmen; denn bei dem ungeheuren Menschenmaterial, das noch im Banne der katholischen Kirche mit all seinen unheilvollen Folgen steht, bedeutet nur dem, die für den Organisationsgedanken, wenn auch nur dem der „Christen“ gewonnen werden, keine sehr große Mäße. Aber wenn sie gewonnen werden sollen, dann muß die Mitgliederzunahme in rascherem Tempo erfolgen als in den letzten Jahren. Im Jahre 1905 nahmen die christlichen Gewerkschaften um 57 648 Mitglieder oder 27,7 pSt., im Jahre 1906 aber nur um 55 216 oder 20,8 pSt. zu. Bleibt die Zunahme in dieser Weise, dann hat es mit den 500 000 christlichen Gewerkschaftsmitgliedern noch gute Wege.

Der Abstand der christlichen und der Christ-Dunderschen Gewerkschaften von den Zentralverbänden ist so bedeutend, daß man wohl nicht zu viel sagt, wenn man behauptet, daß nicht den christlichen Gewerkschaften, am allerwenigsten aber den Christ-Dunderschen Gewerkschaften, die Zukunft gehört. Die Christ-Dunderschen Gewerkschaften scheinen sich mit dieser Tatsache abgefunden zu haben.

Der Mitgliederzuwachs der Zentralverbände, der im Jahre 1906 um 24 000 größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften, und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Christ-Dunderschen Gewerkschaften, läßt mit aller Deutlichkeit den Vormarsch der „sozialdemokratischen“ Verbände erkennen. Die Zukunft wird lehren, daß die Arbeitererschaft zu diesen Gewerkschaften immer mehr Vertrauen gewinnt, weil nur sie allein die Arbeiterinteressen wirksam vertreten können.

### Politische Moral.

Kürzlich hat der deutsche Kaiser in einer Rede die politische Moral berührt. Er hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß ihn früher bei gewissen Aussprüchen öfter der Zorn übermannt habe. Und es scheint uns, als habe er sagen wollen, daß man auch dem politischen Gegner in der Befandlung Rücksichten schuldig sei.

Wir wollen daran eine Betrachtung über die politische Moral im allgemeinen knüpfen.

Mit der Politik im deutschen Vaterlande ist es herrlich weit gekommen, und wenn „heute ein Geist herniedersteige“, um einmal das erhebende Schauspiel des Ringens der geistigen Kräfte ums Wohl des Volkes zu genießen — er würde schwer enttäuscht umkehren! Denn was heute bei uns als Politik bezeichnet und betrieben wird, das ist zum großen Teil der krasseste Egoismus auf diesen Begriff. Politik heißt Staatsklugheit, Staatswissenschaft, Staatskunst — aber wohin ist es mit dieser Staatswissenschaft auf Seite unserer herrschenden Klassen und Parteien gekommen, wie wird heute Politik getrieben! Es ist ein sehr beachtliches Zeichen der Zeit, daß in demselben Maße, wie sich die Klassengegensätze verschärfen und der Sozialdemokratie eine immer geschlossenerer Gegnerschaft erwacht, auch auf dem Gebiete der Politik die den herrschenden Klassen eigentümliche Korruption, Verschöpfung und Verflachung zunimmt. Und es ist wohl nicht falsch, die Behauptung aufzustellen, daß gerade aus dem allgemeinen Charakter des politischen Treibens eines Landes Schlüsse gezogen werden können auf das geistige Niveau der „staatsverhaltenden“ Elemente und ihre Existenzberechtigung gegenüber den freigeistlichen Bestrebungen weitester Volksschichten. Das Maß politischer Moral gibt auch den Maßstab für die Moralität, für das sittliche Vermögen dieser Klassen überhaupt. Und im Punkte der politischen Moral ist es bei uns in Deutschland soweit gekommen, daß von dieser Moral in jenen Kreisen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — schon gar nicht mehr die Rede sein kann, sondern man höchstens von dem mehr oder weniger großen Umfange der Unmoral zu sprechen vermag. Aber bei näherem Eingehen auf die Sache verschwindet unter christlichen und vorurteilslos denkenden Menschen selbst betreffs des letzteren Punktes jede Meinungsverschiedenheit; denn diese Unmoralität ist erschrecklich groß. Charakteristisch dafür war und ist noch die Tätigkeit des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“; noch freier in aller Erinnerung steht, in welcher geradezu gemeingefährlicher, schamloser und erbärmlicher Weise sich dieser Verband in dem verflochtenen Reichstagswahlkampf betätigt hat. Da war kein Mittel zu kleinlich, keine Zeile zu giftig, keine Lüge und Verleumdung zu schamig, um nicht gegen die Sozialdemokratie und ihre Vertreter ausgespielt zu werden. Die elendeste Spekulation auf die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Massen hat diesen „Politikern“ solche „geistige“ Waffen in die Hand gedrückt, verabschuldungswürdig wie kaum ein zweites. — Nun ist ja die politische Korruption durchaus nicht ein eigenartiges Produkt unserer Zeit. Sie hat sich in allen Epochen geltend gemacht, und zwar tritt sie immer desto härter und krasser hervor, je größer der Widerspruch ist zwischen den bestehenden Gesellschaftsbedingungen und der Vernunft. Aber kaum jemals ist in Deutschland ein derartiger Tiefstand der politischen Moral zu beobachten gewesen wie heute. Die gewissenlose Geiz- und Lügenarbeit des Reichsverbandes ist ja hinsichtlich seiner Mittel nichts Neues und darum nichts besonders Auffallendes. Besonders beachtenswert aber ist der außerordentliche Einfluß, den er zu erlangen vermochte, ein Einfluß, den nicht zum geringsten Teile der „herrliche“ Sieg des Nationalitätsprinzips bei der letzten Reichstagswahl auszuweisen ist. Hat doch die Tätigkeit dieses Verbandes dem Wahlkampf sein charakteristisches Gepräge gegeben. Und diese Tatsache beweist selbst dem Fernstehenden die außerordentliche Vereinnahmung, mit der die bürgerlichen Parteien sich der Hilfe des Reichsverbandes bedient haben. Darin liegt die entscheidende Bedeutung. Die Tatsache der Existenzfähigkeit und ungekürzten Arbeit dieses Verbandes, die Tatsache, daß es überhaupt möglich war, eine solche Institution ins Leben zu rufen, ohne die Unterstützung aller politischen Parteien zu erregen, das ist es, was uns als so bemerkenswert erscheint. Die bürgerlichen Parteien haben dadurch, daß sie von diesem Verbandsdienstleistungen annahmen und ihm damit gewissermaßen seine „rechtfähige“ Sanktion verliehen, unbewußt über sich selbst ein vernichtendes Verdammungsurteil gefällt und dokumentiert, daß ihnen alle politische Moral abhanden gekommen ist. Auf die Gesamtheit der Vertreter unserer herrschenden Klassen und Parteien fällt daher die volle Verantwortung für ein derartiges jämmerliches Schauspiel, wie wir es in Deutschland erlebt haben. Und wir erleben es ja noch fortgesetzt. Nach wie vor vertritt der Reichsverband sein Gift, getreu dem alten „Grundsatz“: „Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen“; nach wie vor verjudet man Vertretern der Sozialdemokratie eins am Zeuge zu stellen und gerade den christlichen Namen und das christliche, gute und selbstlose Streben solcher Männer herabzuwürdigen, die ein Menschenakt hindurch für die Sache des Volkes sich eingesetzt haben. Letzte in jenen Elementen nur ein Funke von moralischem Bewußtsein, sie müßten, trotz aller sadistischen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten, doch die lauernden Absichten der Sozialdemokraten anerkennen und Ver-

unglimpfungen der Sache und Personen verschmähen. Aber die Kampfmittel sind ja eben der wunde Punkt unserer auf unberechtigte Sonderinteressen und „Privilegien“ bedachten herrschenden Klassen. Sie wissen nur zu gut, welche große Wahrscheinlichkeit die Triebkraft der modernen Arbeiterbewegung bilden, Wahrheiten, denen sie ohnmächtig gegenüberstehen; und diese ihre Ohnmacht läßt sie, statt die Berechtigung und Notwendigkeit der Sozialdemokratie anzuerkennen, zu den verwerflichsten Verleumdungsmitteln greifen.

Um die Politik im guten und echten Sinne des Wortes ist es etwas Hohes. Umfaßt sie doch alles das, was im Widerstreite mächtiger und edler Interessen die Gesellschaft durchleitet, Leidenschaften erregt, Ansichten formt, Ueberzeugungen festigt und gestaltend eingreift in die Geschichte der Völker. Aber für eine Politik in diesem guten, gesunden Sinne ist Voraussetzung, daß auch allseitig wahrhaftige Ueberzeugungen die Richtschnur des Handelns bilden, daß jeder, der sich politisch betätigt, auch im Stande ist, seine persönlichen Interessen denen der Allgemeinheit unterzuordnen. Diesen großen Zug sucht man in der Politik unserer Herrschenden vergebens. In ihr begreift sich lediglich eine kleinliche Politik der Sonderinteressen, die keine Rücksicht kennt auf die Wohlfahrt der Bevölkerung und der jedes, selbst das schlaueste und verwerflichste Mittel zur Verunglimpfung ihrer Gegner reicht. Diese Praxis ist längst in ein System gebracht worden.

Die Skrupellosigkeit unserer Gegner hinsichtlich ihrer Kampfmethoden wider die „umstürzlerische“ Sozialdemokratie dürfte kaum noch einer Steigerung fähig sein. Doch ist es unbedingt geboten, daß wir mehr noch wie je früher ihrem frivolen Treiben unsere Aufmerksamkeit zuwenden, um im Vertrauen auf den, gefundenen Sinn des Volkes den Zusammenbruch des ganzen schändlichen Systems zu beschleunigen. Neue Elemente werden die Erfahrung machen müssen, daß ihre Methode, die Partei des Kulturfortschritts durch Lügen und Verleumdungen zu bekämpfen, um den Gang der Entwicklung aufzuhalten, von der Wahrheit auf die Dauer nicht gebildet wird. Das ist eine alte Erfahrung. Mehrere Moral und besseren Einsichten waren die herrschenden Gesellschaftskreise niemals zugänglich und sie sind es auch jetzt nicht. Auf ihnen lastet weltgeschichtlich der Fluch der Ungerechtigkeit, ein Fluch, der sie, die Vertreter des erworbenen Rechtes der Besitzübermacht, dazu verurteilt, sich gegen alles Große und Gute im sozialen Leben wenden zu müssen; wenn anders sie nicht selbst ihre Machtstellung preisgeben wollen, die sich stützt auf die Verbrechen, Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten unserer Zeit. Dieser Fluch offenbart sich auch in unserer Zeit, und zwar um so härter, je mehr die stetig elementar anschwellende Arbeiterbewegung die Privilegien der herrschenden Klassen gefährdet. Erst wenn die großen Prinzipien der Volksherrschaft, der Vernunft, Humanität und Sozialgerechtigkeit, die einzig und allein die Sozialdemokratie vertritt, allgemeine Anerkennung und praktische Geltung erlangt haben, wird auch in der Politik das Gebot höchster Sittlichkeit zum Durchbruch gelangen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Neue kritische Zwischenfälle in den Vereinigten Staaten. — Die Rückwirkungen auf England und Deutschland. — Stand der Reichsbank. — Allgemeines. — Der Getreidemarkt.

Seit der letzten Berichterstattung sind diesmal drei Wochen verstrichen. Dadurch ist es möglich geworden, eine abermalige kritische Episode, die anfangs die bedenklichste Ausdehnung und die bedauerndste Kraft gewinnen zu wollen schien, bis zu ihrem vorläufigen, leblich befriedigenden Abschluß darzustellen. Aber die Frage hat sich doch überall aufgedrängt: ob selbst die stärkste wirtschaftliche Konstitution diese immer wiederkehrenden Krisenfälle noch lange vertragen kann und ob sich hinter der zunehmenden Säufung der krisenhaften Erschütterungen an der Oberfläche — vor allem an den Börsen und auf dem Geldmarkt — nicht ein viel tieferliegender Wirtschaftsumschlag ankündigt.

Die Wetterrede bildeten auch diesmal die Vereinigten Staaten von Amerika. In Wallstreet, an der New-Yorker Börse, übertraf kurz vor Mitte August der Zusammenbruch des Eisenbahn- und Industriewertes und dazu noch von verschiedener wichtiger Rohstoffe- und Metallpreisen weitens die vorangegangene Maripais. Was sein, daß die verwöhnten Trugschlüsse, durch das Urteil gegen den Petroleumkönig, süßig geworden, ihren politischen Widersachern eine Lektion erteilen und dadurch den Antitrustfeldzug von vornherein lahmlegen und discredibilieren wollten. Aber wie wir oft betonen: das Gelingen solcher gewagter Handstreichs der Großfinanz steht stets einem für die Masse schon vorbereiteten Boden voraus. Der Beunruhigungs- und Krisenaktus muß, wenn er fortwähren und gedeihen soll, einen schon geschwächten und deshalb empfänglichen Wirtschaftskörper vorfinden. Der Kursniedergang setzte am Montag, den 6. August, ein, allerdings gleich am ersten Geschäftstage nach der Verflüchtigung der Standard-Oil-Erträge von über 29 Millionen Dollars. Binnen vier Tagen hatten die meistbeachteten Papiere 12 bis 16 Prozent verloren; viele minderbeliebte Werte wurden von einem noch viel stärkeren Kursrückgang heimgeführt. Die Banken verweigerten mehr als je eine reichliche Kredithilfe. Ihre Reserven waren für diesen



Zeitpunkt verhältnismäßig schwächer als jemals seit 1893, und die großen Geldanforderungen der Zentralbanken im Westen und Süden zur Umkehrung und Fortbewegung der Getreide- und Baumwollkulturen hatten jedoch begonnen. Durch sogenannte Finanzwechsel europäisches Edelmetall heranzugiehen, schien im Gegenzug zum vorigen Jahre, ausgeglichen. Im Gegenteil: bei seiner eigenen Geldknappheit und Gefährdung kündigt Europa mehr und mehr die früher eingeräumten Kredite; amerikanische Effekten wandern massenhaft wieder von Europa nach den Vereinigten Staaten zurück, so daß gerade in der entscheidenden Zeit die amerikanischen Banken eher mit einem Rückfluß von Gold nach London, Berlin und Paris zu rechnen hatten. Daß auf das Westspringen Englands nicht wieder zu rechnen war, bezeugte die Bank von England am 15. August deutlich durch die Hinaufsetzung ihres Zinsfußes von 4 auf 4½ pSt. Die übrigen großen europäischen Zentralbanken hatten schon einen sehr hohen Zinsfuß; zum Ueberfluß kündigt sie ganz energisch an, daß sie allen beträchtlichen Goldabströmungen nach New-York gleichfalls mit weiteren Diskonterhöhungen begegnen würden. Als Retter in der Not blieb daher nur der Washingtoner Schatzkoffer. Er erhöhte die Zinsen der Nationalbanken der wichtigsten Wirtschaftsländer auf mindestens fünf Wochen die sich häufenden Staatsgelder zur Verfügung zu stellen versprach und rief mit der Vertiefung begann. So bereitete sich allmählich eine Welle des Vertrauens und eine Erholung des Kursstandes vor, die im Augenblick die Lage beherstet. Freilich: auf wie lange Zeit wohl?

Unterdes hatte sich der amerikanische Anstoß weiter, über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus, fortgepflanzt.

In England wirkte die Diskonterhöhung um 10 mehr wie ein Schreckfurch, als um diese Zeit gewöhnlich alle Veränderungen nach oben unterließen; die letzte Ausnahme bildete das Jahr 1900, wo am 19. Juli, in der Zeit des Transatlantischen und der ägyptischen Wirren, der Londoner Bankstillsitz von 8 auf 4 pSt. emporstieg. Der jetzige Kursdruck war deshalb aus in London überaus empfindlich. Bankers Magazine berechnet jedoch für den Monat August auf die seinen Vergleichungen zu Grunde liegenden 887 repräsentativen Wertpapiere eine Kurswertminderung von über 136½ Millionen Pfund Sterling (berechneter Kurswert der 887 repräsentative securities zu 20. Juli 1907 3 833 717 000 Pfund Sterling, am 20. August dagegen nur 3 493 130 000 Pfund Sterling). Im März, beim letzten Entwertungsanfall, kam die entsprechende Kursvergleiche immerhin nur auf eine Verminderung von 125 Millionen Pfund Sterling, und der jetzige Niedergang begann noch dazu schon bei einer niedrigeren Kursstufe. Die Berliner Börse wiederholte diesen Kursfall, allerdings in sehr abgeschwächter Form, aber abgeändert nur deshalb, weil schon vorher die Abspannung und Geschäftslähmung dauernd viel größer war. Jedoch erging man sich schon in viel schwächeren Prophezeungen für den Fall, daß die Bank von England eine zweite, gar nicht unwahrscheinliche Diskonterhöhung vornehme und alsdann die Reichsbank und andere kontinentale Zentralnotenbanken zur Nachfolge zwingen.

Dann gerteilen sich in Europa gleichfalls die Wolken. Der letzte August-Wochenausweis der Bank von England zeigte eine ganz tiefenfallsige Kräftigung: einen größeren Barvorrat als im Vorjahre, eine Verminderung der Wechselanlagen, starke Eingangsleistungen der Privaten und endlich eine Besserung des Notenumschlages. Achseln die Deutsche Reichsbank, der viel neue Giraogelder zustoßen und der die Reichsregierung dadurch etwas Luft verschaffte, daß sie (aus dem Erlöse der lebhaften Schatzscheine) 71 Millionen Mark Staatswechsel einlöste.

Andererseits teilte die Reichsbankleitung am 30. August in der Zentralbankauskunft mit, daß an eine Diskonterhöhung (Diskont seit 28. April 5½ pSt.) bei der fortgesetzten enormen Wechselanlage — diesem Anzeichen für das Geldbedürfnis von Handel und Industrie — augenblicklich nicht zu denken sei. Da der Kursstillsitz nochmal, wie jedes Jahr, eine ganz außerordentliche Inanspruchnahme der Bank bringen wird — man rechnet bis Ende September, früheren Erfahrungen entsprechend, auf mindestens 450 Millionen Mark neuer Wechselanforderungen —, so wird der Kursstillsitz kaum ohne neues Anzeichen der Diskonterschraube vorübergehen, und das letzte Quartal und der Jahresstillsitz hatten alsdann stets die ihnen überlieferte Zinshöhe mindestens seit, oft reichen sie damit noch nicht einmal aus.

Denn die jüngste kritische Episode an den Börsen wieder einmal vorbei ist, so sind die Ausblicke für den Geldmarkt nicht besonders tröstlich. Ferner macht sehen die österreichische (galizische) Petroleumproduktion eine schwere Krise durch, die wiederum den beteiligten österreichischen und deutschen Banken und Abgabegesellschaften schwere Kopfschmerzen bereitet. Der Markt für Metalle — besonders für Kupfer und Zink, jedoch auch für Eisen, Blei und Zinn — bröckelt in den Preisen ab. Daß die Kohlen überall — noch mehr in England als in Deutschland — sich verteuern, versteht gerade jetzt, bei sich abschwächender Konjunktur, weiteste Kreise in Aufregung. Die großen Gesellschaften der transatlantischen Schifffahrt sind seit Mitte August in einen Katastrophenzustand hineingelangt, der schwere Einbußen bringen wird. Eingelene Panikstoffe, wie der des Berliner Warenkaufes Fr. Pfingst & Co., mahnen an die Vergänglichkeit allen irdischen Glüdes.

Dazu tritt endlich das abermalige Emporschnellen der Getreidepreise. Septemberweizen notierte am letzten August in Berlin 214½, nachdem etwa seit Mitte Juni die Weizensteigerungen besser geworden waren und dem vorangehenden Preissteigen zunächst ein Halt gesetzt hatten. Selbst dürfte der Weizensteigermarkt so unüberwindlich gewesen sein wie gegenwärtig. Das unbeherrschbare Wetter hatte schon lange alle Sicherheit der Erhebungen vernichtet. Dazu hindert die späte Ernte die meisten Landwirte am raschen Ausdruck; sie haben zu nächst alle Hände voll zu tun mit dem weiteren Einrücken der später reifenden Getreidearten und Hackfrüchte, so daß vor allem für die geliebten deutschen Roggenvorräte die erwartete Verflüchtigung durch Neuzufuhren bisher ausbleibt. Vielleicht sind diese augenblicklichen Verlegenheiten größer

als die dauernde Knappheit. Soweit sich das mit Bestimmtheit übersehen läßt, gehen wir der Entwicklung des diesjährigen Getreidemarktes einen eingehenden Ueberblick zu widmen.

Berlin, 1. September 1907.

Max Schippel.

## Politische Umschau.

Er. Wer verteuert die Wohnungsmieten? Die diversen Banken und Versicherungsgesellschaften teilen zur Zeit den größeren Grundbesitzern mit, daß sie infolge des teuren Geldstandes nur dann erstellige Grundstücksbefeignungen über die laufende Verdragszeit würden fortbestehen lassen, wenn die Grundstücksbesitzer mit einer Erhöhung des Zinsfußes auf 5 pSt. einverstanden seien und einer solchen auf zehn-jährige Vertragsdauer zustimmten. In Braunschweig ist einer Reihe der größeren Grundbesitzer von den Hypothekendarlehen den auswärtigen Banken und Gesellschaften dieses Ultimatum wenigstens gestellt worden, und es darf zweifellos eintreffen, daß in anderen Städten ebenso verfahren wird. Bisher waren erstellige Hypotheken massenhaft zu 3, 3½ und nur im ungünstigsten Falle zu 4 pSt. erhältlich. Die Banken und Versicherungsgesellschaften betreiben also eine ganz erhebliche Erhöhung des Zinsfußes.

Andererseits ausgedrückt, heißt das nichts weiter, als die Wohnhäuser und Wohnungen werden ganz erheblich verteuert werden. Sterben ein Beispiel. Jemand ist Besitzer eines Hauses mit 8 Wohnungen, das mit 35 000 Hypotheken belastet ist. Wir wollen gar nicht mit zweiten und dritten Hypotheken rechnen. Er zahlt jetzt im ungünstigsten Falle 4 pSt. Zinsen, soll für die Folge aber 1 pSt. mehr, also 5 pSt. zahlen, so ist für den Hauswirt eine Mehraufbringung von 8 850 Pfund jährlich notwendig, die er selbst natürlich nicht aus seiner Tasche zahlen wird, zumeist auch nicht kann. Er wird sie als Mieterhöhung auf die Wohnungen aufschlagen, so daß die durchschnittliche Erhöhung der Miete einer Wohnung 44 pro Jahr betragen wird. Das ist die kapitalistische Ausbeutung der Kleinen durch die Großen, durch die Spekulationen.

Obersächlich Urteile des behaupten stets, daß die rapide Steigerung der Wohnungsmieten eine Folge der gesteigerten Löhne der Bauhandwerker und Arbeiter sei. Mit wie wenig Verständnis diese Leute urteilen, möge folgende Rechnung ausweisen, die zu Ungunsten der Arbeiter aufgemacht, etwa folgendes ergibt.

Ein solches Wohnhaus mit 8 Wohnungen, von dem wir vorhin sprachen, wird von höchstensfalls 20 Maurern und Bauarbeitern (12 Maurer, 6 Bauarbeiter) in 10 Wochen Bauzeit vollständig fertiggestellt. Rechnen wir eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 —, so ergibt das einen Mehraufwand an Kapital für den Arbeiter, Maurer und Tagelohn von 1, für sämtliche Maurer und Bauarbeiter pro Woche 120, und für die ganze Bauzeit von 1200. Die Erhöhung der Zimmermanns- und sonstigen Löhne hinzugeordnet, würde ein Gesamtkapitalaufwand von 1700 nötig machen, was aber für den Bau von uns in Betracht gezogenen Bau zweifellos zu hoch gegriffen ist. Die Verzinsung dieser Summe beträgt höchstensfalls 85, auf die Wohnung umgerechnet 10,50.

Der Kapitalist verteuert mit einem Federstrich die Wohnung um 44, die Arbeiter in ihrer Gesamtheit bei der 10 pSt. Lohnerhöhung pro Stunde aber nur um 10,50. Dabei haben die Arbeiter fast immer erst äußerst heftige Kämpfe um jeden Pfennig der so äußerst bringenden nötigen Lohnerhöhung zu führen.

Sie sehen den Mehrwert aus ihrer Arbeitskraft auch wieder in Waren um. Ihr Lohn kommt also insbesondere der Geschäftswelt zu gute, während der Kapitalist Summen auf Summen in seinem Privatvermögen aufhäuft und das Geld bestenfalls zu anderweitigen Spekulationen verwendet. Als Monument, den Geschäftsteilen gegenüber, wird er dadurch jedoch nicht aufnahmefähiger, nicht ergiebiger.

Das Grundstück selbst muß durch das Diktum der Kapitalisten um 7000 Kapitalwert höher vergütet werden, durch die gedachte Lohnerhöhung der ganzen an einem Bau beteiligten Arbeiter nur um 1700. Dabei darf man sich natürlich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Kapitalisten daran denken, bald eine Herabminderung des Zinsfußes für die Hypotheken eintreten zu lassen, denn sie wollen ja erste Hypotheken nur noch unter der Bedingung mit 5 pSt. verleihen, daß sich die Hausbesitzer auf 10 Jahre zur Zahlung dieses Zinses verpflichten. Zweite und dritte Hypotheken werden dann selbstverständlich in mindestens dem gleichen Maße in der Verzinsung gesteigert wie die ersten. Das sind recht trübe Ausblicke für die kleinen Hausbesitzer und insbesondere für die Mieter, für die Arbeiter. So wirtschaftet der Kapitalismus, der auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens sein räuberisches Wesen treibt. Er ist es, der Grundstücksbesitzer, der die Mietsen in die Höhe jähren läßt, ohne daß er für den oberflächlich Beobachtenden sichtbar wird. Daher wird man auch für die Folge das dumme Geschwätz hören, daß die erhöhten Löhne der Arbeiter Schuld an der Verteuern der Wohnungsmieten seien.

Für die Gemeinden entzieht aber angesichts des neuen drohenden Anzuges der Grundstückspekulationen, der Banken und Versicherungsgesellschaften um so mehr die Pflicht, selbst Wohnhäuser zu bauen, selbst Grund und Boden in genügender Menge anzukaufen, um die geplante Ausbeutung des arbeitenden Volkes, auf die es ganz besonders wieder abgesehen ist, so viel wie möglich zu mildern. Denn Molo Kapitalismus kennt nur ein Gebot: Bereichert Euch!

Wie leicht „Aufbruch“ und „Landfriedensbruch“ entstehen können, zeigt wieder einmal ein Vorgang, der sich dieser Tage in Neumühl; einem niederrheinischen Kohlenbezirk, zugegetragen hat. Mehrere hundert Bergleute — wahr-

scheinlich Polen —, die bisher auf der Zeche Neumühl beschäftigt waren, hatten sich von einem Agenten beschwören lassen, nach Mitteldeutschland, in die Gegend von Albersleben, zu ziehen, um in den dortigen Kohlenwerken zu arbeiten. Die Leute hatten teilweise ihr Hab und Gut schon verladen, anderes stand zur Verladung bereit und die Angeworbenen selbst umlagerten mit Kind und Kegel den Bahnhof, um in den bereitstehenden Extrazug verladen zu werden. Indes dazu kam es nicht. Der Agent hatte nämlich kein Geld, den Extrazug zu bezahlen. Natürlich gab das unruhige Blut unter den circa 300 Personen, die am Bahnhof der Abfahrt harrten. Da nun inzwischen Pfarrer, Polizeikommissar, Zeichenbeamte und Bürgermeister die Leute aufforderten, wieder an ihre Arbeit zu gehen, so verbreitete sich unter den Arbeitern das Gerücht, das Geld für den Zug sei längst abgeliefert, werde aber auf irgend eine Weise retourniert. Schließlich entstand eine lebhafteste Mißstimmung. Auf eine Depesche an den Landrat in Albersleben, daß dieser geantwortet haben, daß eine größere Zahl Bergleute wohl für den dortigen Bergbetrieb engagiert seien, aber diese Leute hätten ihre Fahrt selbst zu zahlen! Fluchend und schimpfend saßen die Bergleute herum, der Agent mitten dazwischen, auf seine „6000“ wartend. Schließlich, als alles Jureden an die Leute, an Ort und Stelle zu bleiben, nichts half, trat die Polizei, in Aktion, d. h. nicht etwa in der Weise, daß sie für ein Unterkommen der Leute sorgte, sondern in der üblichen preussischen Manier. Sie forderte die Leute auf, auseinanderzugehen! Bei der ungeheuren Erregung, die sich der Menschenmasse bemächtigt hatte, war an ein Befolgen des Befehls natürlich nicht zu denken. Und nun hieben die Polizeibeamten mit gezogenen Säbeln blindlings auf die wehrlose Masse ein. Im Nu waren etwa 20 Polizisten auf der Wildflucht erschienen. Man denke sich in die Situation: Eine vollständig wehrlose Menge von einigen hundert Personen mit Frauen und Kindern umhergelaufen, verärgert und verstimmt über das ihnen widerfahrene Mißgeschick. Und nun stürzen sich 20 kräftige Polizeigefallen mit blanker Waffe auf die Menge, weil sie nicht auseinandergehen! Gewiß hatten Bürgermeister und Polizeikommissar formell den Leuten in Güte zugeredet, aber kann man denn so gar nicht in die Seele eines getretenen Arbeiters hinein denken? Verbittert und in dem Glauben, das Neben im Interesse der Zeche „Neumühl“ sei alles schon vorbereitet und das versprochene Mißgeschick lange nicht bereit, glaubten die Leute, sie brauchten bloß standhaft am Plage auszuhalten, dann würden sie auch befördert. Und in dieses Bild faßt nun plötzlich die Schugmannschaft hinein! Das alles geschah auf einer so unglaublichen Schnelligkeit, daß es kaum zu glauben ist, daß die Sache aus der Augenblickssituation heraus geboren sein kann.

Finanzpolitik des Zentrums — Witwen- und Waisenversicherung. Der § 15 Abs. 1 des Sozialversicherungsgesetzes bestimmt: „Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Nettoverdienst der nach den Tarifstellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 107a und 160 des Sozialtarifs zu bezahlenden Waren, welcher bei nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettoverdienst derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden.“

Die genannten Positionen des Sozialtarifs betreffen: Mogen, Weizen und Spels, Mühlbrot, Schafe, Schweine, Fleisch und Misch. Sofern die Einwohner des Reichs durch die höhere Verzinsung dieser Waren schwerer belastet werden als bisher (d. h. im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1903), soll der Mehrertrag für die Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden. Nun hat sich herausgestellt, daß die Belastung pro Kopf — jene des genannten Sozialtarifs nicht übersteigt; beiderhöhen Stellen hat die Verrechnung der Einfuhr nicht mit der Verrechnung der Bevölkerung Schritt gehalten. Der Ertrag der Zölle bleibt hinter den Voranschlag um mehr als 34 Millionen zurück. Die relativ verminderte Einfuhr hat somit das Ergebnis, daß kein Pfennig von den veranschlagten 22 Millionen Mark für die Witwen und Waisen zur Verfügung liegt.

Die Einführung des § 15 in das Sozialtarifgesetz war ein demagogischer Kniff des Zentrums, durch den die christlichen Arbeiter mit der Sozialpolitik angezogen werden sollten. Die Sozialdemokratie hat zwar seinerzeit für diesen § 15 gestimmt, sie hat aber darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie damit nur dem Prinzip der Witwen- und Waisenversicherung, nicht aber der schwindhaften Art der Durchführung ihre Zustimmung erteilen wollte. Die sozialdemokratische Presse hat schon im Jahre 1902 darauf hingewiesen, daß eine solche Zöpfungswirtschaft, die bestimmte Erträge zu bestimmten Zwecken verwenden will, diesen Zwecken nicht dienlich sei. Für Soldaten, Schiffe, Kanonen, Gewehre und Uniformen miß immer Geld da sein, für Witwen und Waisen ist aber nur dann ein Almosen vorhanden, wenn von einem bestimmten Einnahmestück unter höchst komplizierten Umständen und rechnerischen Voraussetzungen ein paar Groschen für sie abfallen.

An der sozialpolitischen Konkurrenz der bürgerlichen Parteien beteiligt sich bekanntlich seit einiger Zeit auch der Freisinn. Die Herren Karl Erdshmidt und Gessner — Gewerksvereiner — richten an den Parteitag der freisinnigen Volkspartei zu Berlin einen Antrag, in dem es heißt:

„Der Parteitag erklärt sich entschieden gegen jedes Ausnahmeverfahren auch in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Die Partei tritt ein für Sicherung und Verallgemeinerung der Sozialfreiheit, für Aufrechterhaltung der Freigabe unter Verabschaffung der Personentaxe auf den Eisenbahnen und Befreiung der Fahrkartensteuer mindestens für die dritte Wagenklasse. Die Partei erstrebt unter Ausbeutung veralteter Gewerksverbände zeitgemäße Rechtsverhältnisse für die in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen. Sie erkennt in den Arbeitnehmerverbänden (Gewerksvereinen usw.) eine ebenso berechtigte Interessenvertretung wie in den Arbeitgeberorganisationen; sie verlangt gegenseitige Anerkennung aller Berufsvereine in einer den modernen Verhältnissen angemessenen Form. Die Partei tritt ein für den Ausbau der Arbeitervereinsorganisation, insbesondere zur Abwehr gesundheitsgefährlicher Anforderungen an die Arbeitskraft von weiblichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern; sie wird daher auch



für die Herabsetzung des Marginalarbeitslohnes für weibliche Personen auf ihren Stundenlohn eintreten, wie für eine moderne Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Industrie. Sie unterstützt die Gestaltung der menschlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten. Die Partei bekämpft jede Schmäherung in der Stellung der freien Hilfsklassen und wird auch fernerhin bestrebt sein, die Entwicklung der Selbsthilfe auf dem Wege der Vereinigung zu fördern. Die Partei tritt ein für eine Reform der Unfall- und Invalidenversicherung und ihre Ausdehnung auf weitere Kreise technischer und kaufmännischer Angestellter.

Mit solchen Befindungen an sich ist nichts getan. Wir wissen, daß das freiständige Unternehmertum dem Koalitionsrecht der Arbeiter und der Arbeiterkammergesetzgebung sowie der Sozialgesetzgebung im allgemeinen genau so absold, ist wie das nationalliberale und konservative. Mit grundsätzlicher Überzeugung, ehrlich und ernsthaft wird der Freisinn niemals die Interessen der Arbeiter vertreten.

„Nationalen“ Arbeiter betrieten Kapitalisten an um  
es in Mitleiden! Man sollte das nicht für möglich halten, aber  
es ist Tatsache. Der Verband evangelischer Arbeiter-  
vereine der Pfalz leistet sich folgendes Ständlein: Er  
möchte einen Delegierten zur dem in Berlin stattfindenden  
„nationalen Arbeiterkongress“ entsenden, hat aber kein  
Geld dazu. In seiner erbarungswürdigen Not richtet er  
nun im „Evangelischen Arbeiterboten“ an seine „kapital-  
kräftigen Mitglieder“ das Ersuchen, dem Verband  
M. 100 zur Verfügung zu stellen, damit er einen  
Delegierten nach Berlin schicken kann!!! Unter  
den „kapitalkräftigen Mitgliedern“ sind Unternehmer zu  
vernehmen, die dem Verein nachsehen.

Dießelbe bezeugen die christlich-soziale Wochenblätter „Die Arbeit“ als tief befriedigend. Das Blatt schreibt: „Geben denn die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine in der Pfalz kein Ständebewußtsein und einen Ständesitz? Sind sie selber noch nicht einmal in der Lage, dort, wo ihre ureigensten Interessen vertreten werden sollen, einen Kollegen hinzuweisen? Wo bleibt da der Sozialismus? Wenn die evangelischen Arbeiter keine Opfer bringen wollen, nun dann müssen sie zusehen, wie sie zurechtkommen. Ist nicht bezeugend für die Arbeiter der Vereine, daß öffentlich ein „kapitalträges Mitglied“ gesucht werden muß, um die Unkosten eines Besuchs zum wirklichen „Arbeiterparlament“ zu decken. Mehr Ständebewußtsein! Mehr Ständesitz! Mehr Sozialismus und Obermuth muß entstehen, wenn den evangelischen Arbeitern verlangt werden!“

Wie kann man von Leuten, die der besten Harmonie-  
fimplei und dem blödesten Byzantinismus huldigen, Standes-  
bewußtsein, echten Idealismus und Opfermut erwarten?

Die Bekämpfung des Polentums in den östlichen Provinzen durch die preussische Regierung und die unter dem Namen „Katholik“ bekannten „nationalen“ Schärffahren äußert sich in mancherlei höchst beneidlichen Maßnahmen und Vorschlägen. Da man bis bisher vergeblich bemüht hat die Polen durch polizeiliche Maßnahmen zu guten Preussen und Reichsbürgern zu machen, so geht man nun darauf aus sie zu unterdrücken und, wenn irgend möglich, zu verdrängen. Diesem Zweck soll die Maßnahme dienen, welche die Katholiken der preussischen Regierung vorgeschlagen haben: Ausdehnung des Enteignungsrechtes dahin, daß polnische Grundbesitzer ihr Eigentum im Wege des Zwangsverkaufs genommen werden können um dieses so erbaute Land in die Hände der sogenannten Ansiedlungskommission zu bringen.

Gegen dieses Project, dessen brutale Ungerechtigkeit wohl nicht näher darzulegen brauchten, haben sich auch aus der Kreise der deutschen Geschäftleute in jenem Gebiet sehr lebhaftes Interesse erhoben. So schreibt ein Polener Kaufmann in den Polener Neuesten Nachrichten" folgendes:

Ein solches Gesetz wird nicht nur große Erbitterung unter den Polen hervorbringen, sondern es wird auch zuerst bei den deutschen Kaufmanns- und Handwerkerkreisen aus allerempfindlichste schädigen. Kann es wohl zur Hebung der Ostmark dienen, daß man mit dem Polen allein mit einem Lobesbuche unter einem Dache wohnt? Und andererseits dient die Theilgier der Anschließungscommission wirklich in keinem hohen Maße dem Interesse der deutschen Kaufleute.

Der Artikel aus dem Wiener Beilage zum Gebrauchsgegenstände hoch meist aus seiner alten Heimat, und zwar durch die Vermittlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft. Die Hälfte meiner Kundschafft besteht aus Polen; die ist wohl bei sehr vielen deutschen Kaufleuten und Handwerkern der Provinz der Fall. Somit wird ein Vortheil aller deutschen Geschäfte von seiten der Polen die Antinom auf die Enteignung der Staatsregierung sein."

Wer würde es nicht erklärlich finden, wenn die Polen auf die ihnen drohende Gewaltmaßregel mit einem Voyfott antworteten? Daß darunter insbesondere auch das Baugewerbe schwer zu leiden haben würde, ist ohne weiteres klar. Es leidet schon jetzt unter dem Kampfsystem der Regierung, wie folgender Fall zeigt:

In der Nähe von Rafoniewitz erkrank ein armer Bauer namens Dygmella 15 Morgen Land, worauf er einen Stadel und eine Scheune erbaute. Zum Bau eines Wohnhauses hat er trotz aller Bemühungen die polizeiliche Erlaubnis nicht ergallen können. Um nun trotzdem sein Haupt niederlegen zu können, kaufte er von dem dortigen Gastwirth Kindermann einen Wagen, ähnlich denjenigen der herumschweifenden Karussellbesitzer, und stellte denselben in einer Entfernung von 40 m von den Gefährlichkeiten auf. Zwar ersetzten eine Polizeikommision, mußte aber unberichtigter Sachzurückgehen, da das Wohnhaus beweglich und transportabel ist. Dieses moderne Bauernhaus im Gebiete der Anseelungs-polizei behobst Drammella mit seiner Frau und drei Söhnen.

denochige Abgrenzung mit jenen, die sich als Reichs-  
die Frage hinsichtlich einer Abgrenzung des Reichs zu  
Anfiedlung polnischer Bevölkerung auf Staatsgründen, hinaus,  
besteht, wenn ein Land werden so behandelt! Man be-  
trachtet ihnen, man verhindert sie, sich Wohnstätten zu bau-  
en und zwingt sie so, gleich Jägern in Wägen zu laufen.  
Dieses königlich-preussische Eigengerechtem wird  
berührt werden in der Welt und in allen freien Nationen  
die Sympathien für die Polen steigern. Die Wagenwohner  
der armen Bauern verdient in Wäbe der preussisch-deutsche  
„Culturschichte“ unserer Zeit einverleibt zu werden.

Der Umzug des gewerblichen Innungswesens.  
Von den Handwerker-Organisationsgehehen hat man sich bekanntlich einen erheblichen Aufschwung des Innungswesens verprochen. Doch seine Entwidlung weist hinter den ge-  
heuten Erwartungen zurückgeblieben ist, steht längst fest.  
Jetzt veröffentlicht der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Straßburg, Dr. Eidelmann, im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte eine gabelmächtige Uebersicht über die Entwicklung des Innungswesens seit der Gründung der Handwerkskammern.

Aus dieser Ueberseht geht hervor, daß das Innungs-  
wesen nur in den im Osten Deutschlands gelegenen Städten  
sich einigermaßen rege gestaltet hat, während das in anderen  
Gebieten des Reichs durchaus nicht der Fall ist. Je weiter  
nach Westen hin, je schwächer wird der Innungstrieb. Das  
hat seinen Grund darin, daß im Westen der Gedanke der  
gewerblichen Freiheit als Grund der Entfaltung des wirt-  
schaftlichen Lebens noch viel tiefer und stärker in bürgerlichen  
Elementen wurzelt als im Osten.

Deßhalb, der Elbe gab es in 18 Städten mit 2171 612  
 Einwohnern 24 098 Handwerker als Mitglieder der Innun-  
 gen; auf 10 000 Einwohner kamen 11 Innungsmitglieder,  
 im Reichthum Sachsen sogar 140. Hingegen im Westen  
 kommen bei 17 Städten mit einer Einwohnerszahl von  
 3 079 735 auf 10 000 Einwohner nur 97 Innungsmitglieder.  
 In 12 süddeutschen Städten mit 2 056 876 Einwohnern  
 kommen auf die gleiche Zahl nur 84 Innungsmitglieder.  
 Im Osten sind andererseits die Innungen auch auf zahl-  
 reichere Gewerbe ausgebreitet; dort kommen auf eine Innung  
 nur 84 Mitglieder gegen 108 beim. 107 im Westen und im  
 Süden. Vor 1898 gab es an freien Innungen 850, an  
 Zwangsinnungen 43, im ganzen 893. Neugegründet wurden  
 in der Zeit von 1898 bis 1900 an freien Innungen 126,  
 an Zwangsinnungen 259, im ganzen 385. Eingekommen  
 sind in den Jahren 1900 bis 1904 noch 82 freie und 70  
 Zwangsinnungen. — Vergleicht man die Zahlen der In-  
 nungsmitglieder von 1897 mit den für das Jahr 1904 für  
 die gleichen Orte aufgestellten, so ergibt sich in 8 Städten be-  
 sonders eine Steigerung von 18 142 auf 16 764 (= 26 pKt.).  
 In 2 Städten Sachsens von 7486 auf 10 273 (= 88 pKt.)  
 in 14 Städten des Westens von 12 908 auf 22 716  
 (= 78 pKt.), in 9 Städten des Südens von 5674 auf 14 898  
 (= 167 pKt.). Bei den freien Innungen kommen auf  
 27 858 Mitglieder 100 000 Wesellen und 25 849 Lehrlinge;  
 bei den Zwangsinnungen auf 99 472 Mitglieder 99 085 Ge-  
 sellen und 25 709 Lehrlinge, d. h. bei den freien Innungen  
 entfallen auf ein Mitglied 3,8 Wesellen und 0,9 Lehrlinge,  
 bei den Zwangsinnungen 2,6 Wesellen und 0,6 Lehrlinge.  
 Die freien Innungen haben also bei geringerer Zahl der  
 Mitglieder den stärkeren Wachstums aufzuweisen.

Jedenfalls repräsentieren die Innungen nur eine starke Minderheit der selbständigen Handwerker.

**Das gepfändete Kind.** Einem Bergarbeiter im Ruhrgebiet, der das Unglück hatte, daß er sein Kind im Krankenhaus operieren und versorgen lassen mußte, ging folgender Brief des leitenden Arztes zu:

Herrn Bergarbeiter-A. . . 1  
Ihr Kind ist jetzt somewhat hergestellt, daß es Samstags  
aus dem Krankenhaus entlassen werden kann. Das Kind  
können Sie erst dann wieder mitnehmen, wenn Sie M. 19,25  
für das Krankenhaus und M. 20 für die Operation bezahlt  
haben werden, also im ganzen M. 39,25. Zuerst müssen  
Sie die Kosten bezahlen und dann können  
Sie Ihr Kind haben.  
Gedächtnisvoll

Dr. Mund.  
Daß einem die Möbel zurückbehalten werden, wenn man  
keine Miete bezahlt, soll öfter vorkommen. Aber an einem  
lebenden Wesen sich schamlos zu halten, kommt, außer in Giebeln,  
wohl nicht mehr vor. Das sollte auch der Herr Doctor wissen.  
Im übrigen, spräche nicht sein Gefühl als Vater dagegen:  
könnte der Arbeiter hoffasi sein und dem Arzte das Kind lassen.  
Es ist kein Verbrechen, es ist „freies“ Capital.

## Das sozialpolitische Zentrum.

Das Zentrum hat Ende vorigen Monats in Würzburg, einer alten Goßburg des ultramontanen Geistes, seine Tagung den sogenannten Katholikentag, abgehalten. Die Bezeichnung „Katholikentag“ ist sehr gewagt, denn es gibt viele gläubige Katholiken, die entschiedene Gegner der Zentrumspartei und ihrer Politik sind. Da sind viele Reden gehalten worden, aus solchen, welche das Zentrum als die Partei „echter und wahrer Sozialpolitik“ darstellen sollen. — Der Reichstagsabgeordnete Gröber sprach über: „Katholizismus und wirtschaftliches Leben.“ Er sagte u. a.

„Das Christentum will, wenn es den Blick auf die höheren Ziele lenkt, die irdischen Güter keineswegs herabsetzen. Es warnt nur vor der Uebersättigung der irdischen Güter. Auch den Reichtum verbietet das Christentum durchaus nicht, es weist nur darauf hin, daß der Reichtum gewisse sittliche Gefahren birgt, nicht der Reichtum an sich, sondern der unehrliche Erwerb oder die unrichtige Verwendung des Reichtums. (Weissall.) Das Streben nach irdischen Gütern ist nicht nur erlaubt, sondern sogar pflichtmäßig. . . Der Ausgangspunkt einer gesunden Wirtschaftsgemeinschaft ist gegenüber der Solidarität der Interessengemeinschaft. Der Staat ist nicht nur Anhaber von Rechten, sondern auch von heiligen Pflichten, und die Untertanen haben nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. (Stürmlicher Weissall.) Damit kommt man an den Satz, der Staat die Quelle alles Rechts sei. Das ist ein grobes, gefährlicher Irrtum. (Stürmlicher Weissall.) Das Eigene ist nicht, so hoch es von uns geschätzt wird, das ist einem christlichen Gemeinwesen nicht ein absolutes Recht sein. Auch hier kann unter Umständen für den einzelnen die Notwendigkeit eintreten, daß er den Interessen der Gesamtheit weichen muß. (Stürmlicher Weissall.) Und die Gerechtigkeit allein reicht nicht als Grundlage einer gesunden Staatsform aus. Dazu muß die Liebe kommen. Es gibt so viel Unrecht im heutigen Staat, das nicht von bloßen Paragraphen und Gesetzen gebekt werden kann.“

Die Liebe, die Siebel Vänger als achtzehnhundert Jahre  
ist die christliche Liebe gepredigt worden, und die christliche

Stirne, als „Gedächtnis“ dieser Liebe, hat die Menschheit ihr Denken und Handeln beherrscht. Aber sie hat die Ungerechtigkeit, die Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht zu überwinden vermocht. Die Gerechtigkeit der Stirne hat vielmehr diese Ungerechtigkeit gesiegt und gefördert. Nicht mit dem, was man „drillende Liebe“ nennt, werden die großen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen gelöst. Nur die Gerechtigkeit ist der wahre und echte Menschennliebe unbefrucht. Herr Gröber freilich sagt:

"Alle auf atheistischer Auffassung gegründeten Wirtschaftssysteme sind herzlos und gemüßlos."

Waren bei den auf sogenannten „christlicher“ Auf-  
fassung basierten Wirtschaftssysteme früherer Zeiten, die  
Selbsteigenschaft und Gütezeit, das Funk-  
tionieren weniger bezugs und geistlich, als das kapital-  
istische Wirtschaftssystem es ist? Nein, der Selbst-  
eigene und hürige Bauer und Handwerker des  
Mittelalters war auch — und in noch viel höherem  
Maße als der Arbeiter der Gegenwart — ein ge-  
schundenes, mißhandeltes und mißachtetes Menschen-  
lein. Das „christliche“, ablige und geistliche Herrtum  
jener Zeit hat es an brutaler, ungerechter, entwürdigender  
Behandlung seiner Untertanen wahrlich nicht fehlen lassen.  
Nicht ein atheistisches, sondern ein „christliches“  
Herrntum hat Bauern und Handwerker dazu getrieben,  
mit den Waffen in der Hand für ihr geschändetes Men-  
schenrecht einzutreten.

„In seine Ermahnung zur Liebe mischte Herr Gröber noch die, daß „Arbeiter und Unternehmer sich verständigen sollen.“ Als ob das etwas spezifisch „christliches“ wäre! Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter Englands, hat schon vor einem Jahrhundert damit begonnen, ohne sich auf „christliche Liebe“ zu berufen, ein ähnliches Betragen, verglichen mit den Unternehmern herbeizuführen. Und die „atheistische“ sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon ehe es christliche Gewerkschaften gab, es bereits als einen Hauptzweck der Organisation betrachtet, die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern durch Verhütung von Streiks herbeizuführen. Die Tarifbünde, auf die Herr Gröber sich auch berief, ist nicht dem Kopfe eines Zentrumsmannes entsprungen; die Macht der wirtschaftlichen Tatsachen hat sie ganz unabhängig von Ideen „christlicher Liebe und Gerechtigkeit“ entstehen lassen. Will das Zentrum nun etwa das Tarifbündnis aufheben, dessen Entwicklung den „atheistischen“ Gewerkschaftsorganisationen zu danken ist, als eine Errungenschaft des Katholizismus hinpendeln? Wir glauben schon, daß es dazu nicht stande ist.

Herr Gröber will, alle Stände und Klassen glücklich machen: Die Arbeiter, den Mittelstand, die großen Unternehmer; sie alle sollen aus dem „Horn der christlichen Liebe“ sich gegenseitig befriedigen; „christlicher Geist“ soll alle Organisationen durchziehen. Mit solch bejauntemerter Praefologie lösen die Herren des Zentrums die große soziale Frage. Vom Recht, das mit uns geboren ist – von dem ist bei ihnen nie die Rede.

Der Reichstagsabgeordnete Arbeiterssekretär Gies  
beritz nahm erst eine Beurteilung des „Unglaubens“  
vor und sagte dann:

Die zweite Aufgabe ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Man hat längst ausgeführt, in der Sozialdemokratie ein Werk der Hölle zu erblicken, das der Teufel in seine Bosheit geschaffen habe. Wir kennen jetzt die Ursachen der Sozialdemokratie. Sie liegen im Unglauben, der religiösen Verfallung und auf der anderen Seite in den Sünden des modernen Kapitalismus. Wenn man meint, daß nach den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie überwunden sei, so ist das ein gefährlicher Optimismus. Eine Partei, die trotz aller Angriffe ein Viertelmillion Stimmen mehr gewonnen hat, ist nicht gebrochen. Deren Kampfesmut ist nicht niedergedrückt. Wir können ihr für ihren Liebermut den Dämpfer, und damit ist ja auch der Glaube an ihre Überwindlichkeit gemichen. Aber nur mit Hilfe der christlichen Arbeiterkraft ist die Macht der Sozialdemokratie zu brechen. Um so notwendiger ist es, daß wir für soziale Reformen, für die Koalitions- und Vereinsfreiheit eintreten, besonders da dunkle Mächte die Sozialreform zum Stillstand bringen wollen. Der Führer des Sozialbewußtseins kann nicht gerade als Zeichen sozialer Fortschritts betrachtet werden. Da ist es notwendig, den Arbeiter zu zeigen, daß wir auf die gerechten Ansprüche der Arbeiter nicht verzichten wollen. Man sollte mit dem Borneinbrechen, daß die Arbeiter geborene Dummköpfe sind. Der Herrgott ist bei der Verteilung der Geistesgaben der größte Demokrat gewesen. Es wäre ja auch schlimm, wenn Bildung und Verstand vererbt wären."

Es ist fast etwas wert, wenn sich fromme Leute so dem ihnen durch pfäffliche Panatier ingerierten Glauben fassen machen, die Sozialdemokratie sei ein „Bier der Hölle“. Da dieser Bohnensinn sich vieler Geister bemächtigen konnte, daran sind ideologische Elemente in der Partei des Herrn Gieseler sehr mitschuldig. Ueber den „Glauben“ und den Wert des „Glaubens“ im Kampf gegen Kapitalismus und Sozialdemokratie wollen wir mit Herrn Gieseler's nicht reden. Es genügt, auf die Tatsache zu verweisen, daß der Glaube die Religion noch niemals von bestimmtem Einfluß auf die Entwicklung gewesen ist. Die Religion und die Macht der Kirche haben den „Unfug“ und die Beughaltung der wissenschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse und Einrichtungen niemals zu verbündern vermocht. Das früheste „Glaub“ nichts gefolgt gegen den „Unglauben“ — ob

sonne er sich und vornehm seinen Kindern.  
 Von einem Wert ist auch, daß das Herr Siebsberts gegen  
 die Auffassung wendet, die Arbeiter seien „geboren  
 zum Mord“, eine Auffassung, die die Strafe seiner Nichtun-  
 stehs mitbetrifft und gestiftet hat. Hier spricht der Arbeiter  
 ein Bild demokratischen Bewußtseins aus, das  
 von Anfang wird er damit bei den maßgebenden Elementen  
 seiner Partei wohl nicht finden. Schließlich hat Herr Siebs-  
 bert wieder in das alte und rechte Zentrumsfahrwasser, er pri-  
 vatisiert die christlichen Gewerkschaften als das einzig  
 wirksame Bollwerk gegen die Sozialdemokratie.  
 Das dürfte natürlich nicht gelten.



Auch über die wichtige Frage der Organisation der landlichen Arbeiter und Dienstboten wurde verhandelt. Den Anlaß dazu hat, woraus man gar kein Geheimnis machen darf, das Bedürfnis gegeben, den auf diese Organisation gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Diesem Bedürfnis ist ja auch die Gründung der christlichen Gewerkschaften entsprungen. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Da die Lage der weiblichen Dienstboten sowohl in religiös-sittlicher wie gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht vielfach eine mißliche ist, weist die 64. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auf die Nothwendigkeit von Standesorganisationen für die Dienstmädchen hin und fordert daher auf, allen Orten katholische Dienstmädchenvereine zu gründen. Die katholischen Dienstmädchenvereine sollen erstreben: religiös-sittliche Erziehung des Standes, Ausbildung und Erziehung für den künftigen Beruf als Gattin und Hausfrau, Verrichtung wirtschaftlicher Pflichten, insbesondere beraulicher Bestimmungen der Gefindeordnungen, unwillkürlicher Behandlung, nicht genügender Verpflegung und Wohnungsverhältnisse; Ausübung der Krankenversicherung auf die Dienstboten; Lebensnahme der Stellenvermittlung unter Befreiung von Bestimmungen über die Dienstverhältnisse, welche zwischen Hausfrau und Dienstboten (z. B. durch Hausdienstausweise) vereinbart werden. Die Generalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß auch die Gewerkschaften diesen Dienstbotenorganisationen zeitgemäßes Verständnis entgegenbringen und mit denselben soweit als möglich Hand in Hand zu arbeiten bestrebt sind.

Die alte Geschichte: das Zentrum tritt erst dann für Organisation und Schutz der Arbeiter ein, wenn die Sozialdemokratie vorangegangen ist und es den Massen darauf ankommt, ihr Konkurrenz zu machen, um die indifferente Masse vor dem Anheimfallen an die Amtspartei zu bewahren. Alles, was das Zentrum „für die Arbeiter tut“, ist von seinem Parteinteresse diktiert. Das steht der Würdigung „Katholikentag“ aufs neue.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

###### Hansaestädte:

**Hamburg:** Oohsenwärder (Sperren über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübeck (Differenzen);

###### Schleswig-Holstein:

**Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Bordesahl, Voerde (Differenzen), Reinhold (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Kiel (Differenzen), Flensburg (Zimmererstreik);**

###### Mecklenburg:

**Sülm (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Korf);**

###### Brandenburg:

**Berlin und Vorort (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rahfeld, Kreiskrankenhaus);**

###### Pommern:

**Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperre über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);**

###### Ost- und Westpreußen:

**Koppot (Streik), Marienwerder (Differenzen), Könitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt), Gumbinnen (Bauarbeitersperre über Wölling);**

###### Posen - Schlesien:

**Schwersenz (Sperren über Höfig, Iwan, Anders und Manjewski), Muskau (Sperren über Stülz-nagel und Lau), Militsch (Sperre über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperre über Tasler), Ohlau (Sperren über Rother, Jander und Salzborn), Antonienhütte (Sperre über Jauch), Oppeln (Sperre über Kloss);**

###### Königr. Sachsen:

**Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Mückeln, Sohr-strasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brand-vorwerkstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, Fr. Probst & Co., L. Gantsch, Spinnerstrasse, Schneeberg (Sperren über G. Hegkel in Schneeberg, Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema, und über den Fabrik-neubau in Oberschlema, Unternehmer Sünder), Mülsen (mehrere Sperren);**

###### Thüringen:

**Jena (Differenzen);**

###### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Erfurt (Aussperrung), Quedlinburg (Sperre über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr), Magdeburg (Bauarbeitersperre über Städter);**

###### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

**Springe, Wildeshausen, Dolmenhorst, Wunstorf (Streiks), Celle (Aussperrung), Salzgitter (Sperre**

**über Hönnerbach), Fallingb. (Sperre über Bostelmann), Harburg (Bauarbeitersperre über Hagemann), Braunschweig (Bauarbeitersperre über Kaldenich), Salzuflen (Sperre über Bröcker);**

###### Westfalen:

**Hagen (mehrere Sperren);**

###### Rheinland:

**Crefeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperre über die Kolonienbauten von Gebr. Meier), Schwelm (Sperre über Müller), Coblenz-Yallendar (partielle Streiks);**

###### Hessen und Waldeck:

**Wildungen, Gernshelm (Streiks), Rüdesheim-Gelsen-helm (verschiedene Sperren), Welsau (Diffe-renzen), Offenbach a. M. (Sperre über die Bauten der Zementfabrik);**

###### Elsass-Lothringen:

**Hagenau (Streik), Strassburg (Sperre über Frey);**

###### Baden-Pfalz:

**Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmers-bach (Sperre über den Schulneubau);**

###### Bayern:

**Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner), Frelassing (Sperre über Gerbl), Wasserburg (Sperre über Nabauer), Würzburg (Sperre über Leupold);**

###### Fliesenleger:

**Barmen-Elberfeld (Sperre über die Zwischenunter-nehmer Jeschowsky und Rummerhölle);**

###### Schweiz:

**Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Martigny (Streiks);**

###### Oesterreich:

**Leitomschl, Tachau, Märtsch Weisskirchen (Streiks);**

###### Ungarn:

**Agram, Arad, Bács (Streiks).**

#### Gau Breslau.

Die Sperre über die Firma Klein in Militsch dauert ununterbrochen fort, trotzdem es den Unternehmern gelungen ist, die „Arbeitswilligen“ vom Streik 1904 wieder in ihr Lager zurückzuholen. In den organisierten Kollegen von Militsch und Umgebung wird es nun liegen, daß es sich jeder organisierte Kollege die Arbeitsstätte der Firma Klein weiden und zweitens in jedem Falle, wo sie mit den „Arbeitswilligen“ in Verbindung kommen können, dahin zu wirken, daß diese die Arbeit niederlegen. Gegenwärtig sucht Klein Arbeitskräfte im „Militscher Kreisblatt“.

Um den Mißerfolg ihrer Aussperrung zu verschleiern, er-läuterte der Erfurter Unternehmerverband, er hätte gar nicht „ausgesperrt“, sondern nur die vorher eingelegten Leute wieder entlassen, weil ihr Tarif vom 4. Mai nicht unterzeichnet wurde. Weiter erklärt der Unternehmerverband, daß er an dem Abschluß eines Tarifes festhält. Nach wie vor lehnt er aber jede Ver-fügung der Arbeitskräfte ab. Der Kampf nimmt also seinen Fortgang.

#### Gau Erfurt.

Zu den Differenzen in Kiel wird berichtet, daß die ge-samten Baumaterialienhandlungen, Hartsteinwerke, Ziegeleien zc. beschlossen haben, am 10. September ihre Geschäfte für Kiel und Vororte zu schließen, solange der Streik der Kiefler und Holz-platzarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kiefler „Arbeitsge-berverbandes“ leugnet bekanntlich, daß sein Entlassungsbescheid eine Aussperrung und damit einen Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einstellen lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kiefler „Arbeitsgeberverbandes“ zu stande gekommen ist. Das Zirkular, das wahrheitsgemäß sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen berandt worden ist, lautet wie folgt:

##### Norddeutscher Bauwerks-Berein.

Geschäftsstelle: Hohe Meichen 31.

Hamburg, den 31. August 1907.

##### Achtung!

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gesellen und Arbeiter des Baugewerbes, im besonderen des Holzver-arbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliebern zur Pflicht ge-macht, für die Fernhaltung der aus Kiel zugerechneten Gesellen und Arbeiter des Bau- und des Holzverarbeitungsgewerbes Sorge zu tragen.

Die Vorstände der Innungen, Vereine und Betriebe wollen für die Befolgung dieser Anordnung durch Ein-forderung der in den Betrieben beschäftigten Leute zur ge-eigneten Zeit Sorge tragen.

Die zunehmende Streik- und Sperrbewegung erfordert eine ständige Wachsamkeit der Betriebsinhaber, damit die zugerechneten Streikenden hier nicht eingestellt werden. Eine Unachtsamkeit oder Gleichgültigkeit bei der Anstellung von Gesellen und Arbeitern wäre einer großen Pflichtverletzung gegen die Gesamtinteressen des Baugewerbes und damit gegen das eigene Interesse gleich zu achten.

##### Vorsichtsboll

##### Norddeutscher Bauwerks-Berein.

W. Hummert, Vorsitzender.

Wenn man Leute wegen Arbeitslosigkeit entlassen muß, darf man sie jedenfalls nicht als Aussperrte oder Streikende kennzeichnen, und man darf ihnen auch kein Hindernis in den Weg legen, sich anderswo Arbeit zu suchen. Nach dem Zirkular des Herrn Hummert sollen aber die Kiefler Maurer, Zimmerer zc. für die ihre bisherigen „Arbeitsgeber“ wegen Materialmangels keine Arbeit mehr haben, als Aussperrte und Streikende be-handelt werden. Wer hat nun Recht, Frauen oder Zimmerer? Wir dürfen glauben, Hummert hat „die Karte richtig verlesen“.

#### Gau Hannover.

In Celle hat es der Gewerbeverein unternommen, eine Einigung zwischen den Parteien anzubahnen; er hat folgendes Schreiben an den Magistrat der Stadt gerichtet:

Der nun schon seit Wochen hier bestehende Streik im Baugewerbe schädigt nicht nur die Interessen der streikenden Parteien, sondern die gesamte Einwohnerschaft unserer Stadt. Wird schon die Bautätigkeit durch die augenblicklichen schweren Geldverhältnisse und durch das in allen Teilen Deutschlands deutlich bemerkbare Abflauen der gewerblichen und industriellen Konjunktur allgemein eingeschränkt und Neubauten erheblich weniger als in den letzten Jahren projektiert, so ist die gänzliche Einstellung jeglicher Bau-tätigkeit hier am Platze geeignet, den allgemeinen Rückschlag noch zu verschärfen und zu beschleunigen, worunter neben den Gewerbetreibenden nicht zum wenigsten die Arbeiter-bevölkerung empfindlich zu leiden haben wird. Aber auch die Stadtverwaltung ist daran interessiert insofern, als die allgemeine Steuerkraft der Einwohner durch solche langan-haltenden Arbeitseinstellungen geschwächt wird.

Wir erlauben uns deshalb, an den Magistrat hierdurch die höfliche Bitte zu richten, die beiden streikenden Parteien, auf der einen Seite den Arbeitgeberverband für das Bau-gewerbe, auf der anderen Seite die hiesigen Zaststellen der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer, Dachdecker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, aufzufordern, daß dieselben gemeinschaftlich das Gewerbegericht Celle als Einigungsamt anrufen und baldigst ein Vergleichstermin anberaumt wird.

Wir glauben, daß beide Parteien dieser Anregung Folge leisten werden und hoffen, daß durch eine solche Verhandlung bei einigermaßen gutem Willen der Beteiligten eine baldige Beilegung der Differenzen und die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglich ist.

Auf Grund dieses Schreibens hat der Bürgermeister die Parteien ersucht, das Einigungsamt des Gewerbegerichts an-zurufen und ihre Vertrauensmänner und Vertreter zu ernennen. Diefem Ersuchen sind die Ausgesperrten nachgekommen, wahr-scheinlich auch die Unternehmer. Weiteres ist noch nicht bekannt.

#### Gau München.

Am 5. September kam es in Wasserburg a. I. zu Unterhandlungen, wobei mit zwei Unternehmern eine Einigung erzielt wurde. Der Unternehmer Nabauer stellt sich auf den Probenpunkt, daß er mit Arbeitern nichts zu unterhandeln habe. Als der Bauvorbesitzer gemeinschaftlich mit den bei Nabauer beschäftigten Kollegen nochmals vorstellig wurde, wies der Herr ihnen die Tür. Darauf legten die Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Über das Geschäft wurde die Sperre ver-längert. Auch Nabauer wird seinen Herrenlandspunkt auf-geben müssen.

In Plattling hat sich seit voriger Woche die Situation nicht verändert. Fast sämtliche Kollegen sind abgereist und haben lohnende Arbeit gefunden. Die meisten Arbeiten sind momentan zurückgestellt, nur auf, daß sie nicht aus Plattling fortgetragen werden können. Die Kollegen werden den Kampf durchführen.

Auch in Freilassing besteht die Sperre über das Bau-geschäft Gerbl ununterbrochen fort.

#### Gau Oberschlesien.

In Krappitz glaubt der Unternehmer Füllsch die Maurer auf alle Art zu zerkleinern zu dürfen. Er ist der Meinung, die Maurer und Arbeiter müßten ihm die „Ante küssen“, wenn er auf die Baustelle kommt. Die Schimpfwörter fliegen ihm nur so aus dem Munde, als wenn er „in Guben studiert“ hätte. Dumme Polaten in sein erstes Wort, obwohl er selber Pole von Geburt ist. Verfluchte Polate, es ist zum Heulen mit Euch Bande,“ ist ein anderes Lieblingswort des ver-echten Herrn Füllsch.

Wir sind nun der Meinung, die „dummen Polaten“ zc. sollten die Kreise unseres freundes Füllsch nicht länger füttern. Machen wir ihm freie Bahn, er mag sich mit den Klamotten anziehen. Kollegen von Krappitz, zeigt dem Polen Füllsch, daß Ihr keine „dummen Polaten“ seid, sondern daß Ihr seinen Dünkelstil wohl zu würdigen wißt. Der Bau des Füllsch muß so lange stillliegen, bis er lernt, die Arbeiter zu achten und sich eines anständigen Tones zu bedienen.

#### Gau Straßburg.

Jein Wochen dauert nun der Streik in Hagenau, und noch immer ist das Ende nicht abzusehen. Einen Stundenlohn von 45 s verlangen die Streikenden. Diese Forderung wurde den Unternehmern schon im Dezember v. J. zugestellt, wobei um Verhandlungen nachgesucht wurde. Aber die Unternehmer antworteten gar nicht darauf. Auch im März v. J., als noch einmal wegen Verhandlung angefragt wurde, erfolgte keine Antwort. Es blieb also weiter nichts übrig als die Forderungen durch Arbeitsniederlegung durchzusetzen, wollten nicht die Hagenauer Maurer für den bisherigen ermäßigten Lohn weiter arbeiten. Im vorigen Jahre wurden in Hagenau noch Stundenlohn von 30 bis 35 s gezahlt. Die Arbeits-losgkeit im Winter dürfte wohl in keiner Stadt so groß sein als hier. Was kümmert das aber die Unternehmer, wenn sie nur von Jahr zu Jahr reicher werden. Daß der Kampf heftig und lang werden würde, war schon von vornherein klar. Es ist denn auch auf beiden Seiten mit großer Hart-näckigkeit gekämpft worden. Die Unternehmer haben ihr mögliches versucht, Streikbrecher heranzuziehen, aber immer war es den Streikenden möglich, die Angebotsboten wieder fortzuschaffen. Von den 87 Streikenden ist bis heute erst einer abgefallen. Leider blieben von Anfang an 15 Nichtorganisierter bei der Arbeit, denen sich von Zeit zu Zeit ein paar Maurer aus den umliegenden Ortschaften angeschlossen. Hierdurch ist es den Unter-nehmern möglich gewesen, die dringenden Reparaturarbeiten fertig-zustellen. Sonntag, den 8. d. M., fand eine Versammlung der Streikenden statt, wo der Kollege Voigt aus Straßburg den Vorschlag machte, den Streik aufzuheben und im nächsten Frühjahr sofort wieder loszuspringen. Die Streikenden lehnten aber diesen Vorschlag einstimmig ab und beschloßen, jetzt weiter zu kämpfen. Es scheint auch, als wenn sich die Situation zu Gunsten der Streikenden verbessert hat. Von den „Arbeitswilligen“ müssen verschiedene zu Hause bleiben, um Hopfen zu pfücken. Dann sind in letzter Zeit mehrere größere Bauten vergeben. Die Streikenden sind meistens in der Umgebung in Arbeit gebracht worden; auch haben einige ausgewählte Unternehmer schon Arbeit







Den Zweigvereinen, die mit Holland Verbindung unterhalten und das holländische Fachorgan beziehen müssen, zur Kenntnisnahme, daß sie sich direkt an die Redaktion der Administration des Blattes zu wenden haben. Das Blatt unseres holländischen Bruderverbandes heißt „De Metselaar en Opperman“. Die Adresse der Redaktion ist: A. J. Muller, Tilburg, Hofaaffstraat 1559; die Adresse der Administration (Verlag und Expedition): J. W. v. Aelterberg, Hilversum, Hooge Saardeweg 139.

**Halle a. d. E.** Wegen großer Arbeitslosigkeit wird dringend ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten.

**Bezirkskonferenz in Oberbaden.** Sonntag, den 1. September, tagte im Restaurant „Santo in Freiburg“ eine Bezirkskonferenz, wo die Vereine Offenburg, Rahr, Emmendingen, Waldkirch und Freiburg durch je zwei Delegierte vertreten waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lage in Oberbaden. 2. Die Aufgaben und event. Wahl eines Bezirksamtes. Das Referat über den ersten Punkt hielt Kollege Horter. Es schilberte in längeren Ausführungen die Entstehung und weitere Entwicklung der in Betracht kommenden Zweigvereine. Besont wurde dabei, daß wir in diesem Bezirk über 50 pzt. Ausländer haben und dadurch die Verwaltung schwieriger und die Situation größer sei, als in den anderen Bezirken des Gewes. Auch wäre es schwer, die auf dem Lande wohnenden Maurer für die Organisation zu gewinnen. In Emmendingen ist es borgekommen, daß 1906 und auch dieses Jahr bei der Lohnbewegung sich die deutschen Maurer durch einige falsche Hier, die die Meißter zahlten, belästigen ließen, Streikbrecher zu werden. Nachdem Kollege noch die letzte Kritik, die sich besonders in Freiburg recht sichtbar macht, näher beleuchtet hatte, kam es auf den Antrag Freiburg, von der Anstellung eines Beamten vorläufig abgesehen, zu sprechen. Kollege Horter führte aus, daß er den Entschluß der Freiburger Kollegen nach dem letzten Verbandskongress befreite, aber im Interesse der Organisation nicht aufgeben könne. Er machte darauf aufmerksam, daß im Jahre 1906 die Verträge in ganz Oberbaden auslaufen. Freiburg ist der Sitz des Oberbaderverbandes, der dem Arbeitgeberverband angeschlossen und schon den ganzen Bezirk von Rorschach bis Baden-Baden organisiert hat. Der Einfluß dieses Gewerkschaftsverbandes ist besonders bei den Vertragsabschlüssen in Offenburg und Waldkirch recht unangenehm bemerkbar gemacht. Er ist der schärfste Gegner eines Minimallohns. Er erklärte zu Offenburg, daß sie in Freiburg damit schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Sie würden nie mehr solche Verträge abschließen. Nachdem Kollege Horter noch auf die Beschlüsse des Verbandstages der Unternehmer in Köln aufmerksam gemacht hatte, gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es hier 1908 unbedingt zum Kampfe kommen werde, ob die Maurer wollen oder nicht. Es sei darum unmöglich, ohne einen Beamten auszukommen. Da nun in diesem Bezirk eine erste Kraft gebrä, so seien Verbands- und Gewerkschaftsbeamte zum Entschluß gekommen, den Kollegen Rott, bisher Baukontrolleur in Frankfurt, in Vorschlag zu bringen. In der darauffolgenden Diskussion, an der sich die Delegierten aller Zweigvereine beteiligten, sprachen sich mit Ausnahme vom Offenburg im Prinzip alle für die Anstellung eines Beamten aus. Die Abstimmung ergab die Anstellung eines Beamten gegen eine Stimme. Zu Punkt 2 erhielt Kollege Rott-Frankfurt das Wort. Er schilberte in kurzen Zügen seine bisherige Tätigkeit und die Aufgaben eines Bezirksamtes. Die sachlichen Ausführungen fanden bei den Delegierten die beste Aufnahme. In der Diskussion wurde besonders von den kleineren Zweigvereinen der Wunsch ausgesprochen, daß sie in Zukunft mehr berücksichtigt werden möchten. Kollege Rott wurde dann einstimmig gewählt. Nachdem Kollege Horter seine Genehmigung über den ruhigen und sachlichen Verlauf der Konferenz ausgesprochen hatte, ernannte er die Delegierten, auch in den Mitgliederversammlungen so zu handeln. Wenn alle Kollegen den Beamten frächtig unterstützen und die den Verband fördernden Aufgaben hochhalten und danach handeln, wird auch der Bezirk Oberbaden ein frächtiger Stützpunkt des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands werden, und die Organisation kann für alle Kollegen segensreich wirken.

**Altenessen.** Mittwochs, den 4. September, wurde von unserer Bezirksstelle eine Statistik über die Bauwirtschaft, Arbeitsverhältnisse u. aufgenommen. Das Ergebnis ist folgendes: Aufgenommen wurden 183 Maurer, davon 65 im Zentralverband, 54 im christlichen Verband organisiert, unorganisiert 11, nicht zu ermitteln. 2. Bauhilfsarbeiter gehörten 16 dem Zentralverband und 8 dem christlichen Verband an, unorganisiert waren 63. Bezahlte wurden 19 gezahlt, Poliere 16; von letzteren war einer Mitglied unseres Verbandes, die anderen gehören wahrscheinlich dem Arbeiterbund an. Der Tarif wird im allgemeinen innegehalten, der Lohn von 63 s. überalt gezahlt; 20 Kollegen erhalten 55 s., 6 54 s. Stundenlohn. Die Bauwirtschaft ist überaus schlecht, ganze zwei Neubauten sind im Fundament, die meisten Bauten sind unter Dach, viele schon bezugsfertig. Die hier arbeitenden Kollegen sind teils mit Putzen und Radputzen oder bei Färbarbeiten beschäftigt. Da unsere Bezirksstelle circa 100 Mitglieder zählt, ist ein Drittel davon gezwungen, auswärts ihr Stüchden Brot zu verdienen. Als Ursache der schlechten Baukonjunktur werden außerhalb der hohe Zinsfuß für Bausparen und die Geldknappheit überhaupt genannt. Eine künftige Zurückhaltung der Bauwirtschaft dürfte nicht in Frage kommen, da sich damit die Unternehmer selbst am meisten schädigen würden. Mit dem Bauarbeitergehalt steht es hier ganz anders. Sind an einem Bau Unterlungräume vorhanden, so sind sie meistens in einer Verfassung, daß sie eben Schweinehüllen gleichen. Gips, Zement und alles mögliche wird darin untergebracht und damit der Arbeiter aus der Bude herausgezwängt. Mit den Worten ist es daselbst. Die Behörde hätte eine andere Aufgabe, diese Mißstände zu beseitigen. Die Kollegen riskieren in dieser Periode keinen Ton, weil

sie hange sind, die Arbeit zu verlieren; richtig ist das ja nicht, aber doch erklärlich. Überall gründet man Fierzshubvereine, erlöst umfangreiche Verordnungen zum Schutze der Tiere. In Essen hat man eine Fierzshule, wo Kutscher und Fuhrleute sachgemäß ausgebildet werden, aber zum Schutze der Bauarbeiter geschieht rein gar nichts. Die Kollegen der Bezirksstelle Altenessen haben alle Mühe, einzig und fest zusammenzuhalten; besucht eifrig die Versammlungen und betätigt auch an allen Veranstaltungen der Organisation. Haben wir hier am Orte baut der Umtriebe der „schwarzen“ und „blauen“ Brädel auch kein Lokal, so steht uns doch das Lokal von Thomas in Stolpenberg, Nordstraße, zur Verfügung. Zeigt allen Zweiflern und Märglern, daß es auch Kollegen, ernst ist mit der Organisation, führt die noch Arbeitslosen der Organisation zu und sorgt dafür, daß alle Kollegen die Beiträge zahlen und die Getramanten prompt leben. Schult auch so, daß wir im nächsten Jahre beim Ablauf des Tarifs auf eine wohlhabende Kampferdar bilden können, dann werden wir trotz der schlechten Konjunktur weitere Erfolge an unsere Fahne heften können.

**Altenessen.** Sonntag, den 1. September, sollte in Ganglosen eine Bauarbeiterversammlung stattfinden. Als der Referent, Kollege Stadler aus Münden und einige Kollegen aus Altenessen und Neumarkt a. W. dort am Bahnhof Ganglosen ausstiegen, erwartete sie ein Kollege mit der Nachricht, daß ihnen in letzter Stunde das Versammlungslokal abgeholt worden sei. Und das kam so: Nachdem die Versammlung beim Bürgermeister angemeldet war, ging der Ortsvorstand sofort zum Farmer, welche beide dann nichts Gilereres zu tun hatten, als von einem Wirt zum anderen zu gehen und ihnen die nötige Wohnung zu geben, daß sie die verhassten roten Maurer nicht aufnehmen dürften. Hier stellt sich wieder einmal die christliche Nächstenliebe im hellsten Lichte. Gerade in Ganglosen wäre es dringend nötig, die Maurer aufzuräumen und zu organisieren, gibt man ihnen doch hier Stundenlöhne von 22 bis 24 s. Trotz der hebräblichen und geistlichen Beeinflussung lassen wir aber den Mut nicht fallen. Am dem selben Sonntag fanden sich noch drei Kollegen, die jeder bei einem anderen Meister arbeiten. Welches versprochen, daß jeder agitieren wird, sobald er kann, damit gewis in 14 Tagen eine Versammlung stattfinden kann. Schließlich hatten wir auch noch das Glück, ein Lokal aufzutreiben, wo uns der Meister mit Handzettel versprochen, es uns unter allen Umständen zu überlassen. Es handelt sich in Ganglosen um 40 bis 50 Maurer, die der Organisation angeschlossen werden können und müssen, was von großer Bedeutung ist, da Niederbader in dieser Beziehung noch sehr rückständig ist. Können wir an diesem Ort festen Fuß fassen, so sind wir wieder um einen großen Schritt vorwärts gekommen. Hoffen wir das Beste!

**Berlin.** Die Sektion der Fäker hielt Sonntag, den 1. September, eine Mitgliederversammlung ab. Der Sektionsleiter, Kollege Schulze, berichtete über die verfloßene Bewegung im Baugewerbe und teilte mit, daß nun endgültig über die Unterstützungsfrage sowie Extrabeiträge beschloßen werden müsse. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die Extrabeiträge hören mit dem 31. August auf. Die Unterstützung wird an diejenigen Kollegen, die ihren Verpflichtungen nachkommen sind, bis zum 14. September gezahlt.“ Die Extrabeiträge waren und sind eventuell nachzuschlagen von 22. Mai bis 27. Juli, für 58 Tage, pro Tag 1 s.; dann vom 29. Juli bis 31. August, für 30 Tage, pro Tag 55 s. Es treiter somit Montag, den 2. September, für uns die wöchentlichen Extrabeiträge von 60 s. in Kraft, die laut Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 23 des „Grundstein“, bis zum 30. September zu zahlen sind. Die Legitimationskarten über die Streikbeteiligung werden von Montag, den 2. September, an ausgegeben. Vorher müssen alle Verpflichtungen erfüllt sein. Das gilt auch für die Kollegen, die auswärtigen Bezirksstellen angehören und im Wohngebiet Berlin gepugt oder Streikunterstützung bezogen haben.

**Elbing.** Der Boykott des Gewerkschaftshauses dürfte den oft- und wehrspendigen Genossen gänzlich überausend gekommen sein. In nachstehendem deshalb noch ein paar Worte zur Erklärung der Situation. Die Polizeistunde für das Gewerkschaftshaus ist auf 12 Tage festgelegt. Nun verlangte Herr Passenheim fortgesetzt, daß die Versammlungen — gleichviel, ob öffentliche oder Mitgliederversammlungen — um 11 Uhr beendet sein müßten. Das Gesetz kennt eine solche Beschränkung nicht. Weiter muß man anerkennen, daß die Elbinger Polizeibehörde sich bemüht, auch die Sozialdemokraten in geheimer Weise zu beherrschen, Schwierigkeiten also von dieser Seite nicht zu erwarten waren. Alle Vermittlungsräte trachteten aber bei Passenheim nichts. Er bestand auf seinen Kopf und mußte wiederholt Versammlungen abgebrochen oder vorzeitig geschlossen werden. So ging es auch bei der außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 22. August. Hier waren bei der Statutenberatung noch zwei Paragrafen zu erledigen. Durch die Sandlungswelle Passenheims, der laut ärmend den Schluß der Versammlung verlangte, war die Erledigung der Statutenberatung unmöglich. Am 28. August beschloß sich eine Sitzung des Gewerkschaftsrates und der Parteileitung mit dem Verhassten Passenheim, der an dieser Sitzung teilnahm, indes er frähe abhielt, seinen rigorosen Standpunkt zu ändern. Am 29. August fand die zweite außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Diesmal erschien Passenheim noch vor 11 Uhr und verlangte den Schluß der Versammlung. Der Genosse Schröder, der die Versammlung leitete, fuhr in der Erledigung der Tagesordnung fort. Passenheim begann das Gas auszubringen und forderte sämtliche Anwesenden auf, das Lokal zu verlassen, zum ersten, zum zweiten, zum dritten Mal. Um das nicht eines Sandriedensbruchs schuldig zu machen, mußten die Anwesenden sich fügen. Die Empörung unter der Arbeiterchaft war allgemein und eine stark besuchte Sitzung am Sonntag am 1. September beschloß die Überführung in den „Vereinsgarten“ und den Boykott des Gewerkschaftshauses. Herr Passenheim erklärt in den Montagnummern der Elbinger Presse Inzinate, in denen er uns „Pentalist“ und „Gewalttäter“ bormi. Nun, wenn jemand brutal und gewalttätig gehandelt hat, ist er es gewesen. Wenn ein Teil der Arbeiterchaft hinausgepfosten wird, kann der

andere Teil nicht bleiben und dem zusehen. Nicht aller gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter ist es nun, auf strenge Durchführung des Boykotts zu sehen.

**Fissa.** Sonntag, 1. September, tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, zu der auch die Bauhilfsarbeiter eingeladen waren. Trotz der zeitlichen Bekanntmachung hielt es der größte Teil der Kollegen für angebracht, der Versammlung fernzubleiben. In Zukunft mögen die Kollegen den Verbandsangelegenheiten mehr Interesse entgegenbringen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde vom Kollegen Louis Gschien aus Zwickau ein Vortrag über das Thema „Arbeiter- und Unternehmerorganisation“ gehalten. Der Referent erklärte den Kollegen die Ziele und Wege und führte die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation vor Augen, ferner beurteilte er die Kampfweise der Unternehmerorganisation, die alle Gehele in Bewegung setzt, um die Organisation der Arbeiter zur Strecke zu bringen. Unter großem Beifall schloß Kollege nach fünfviertelstündiger Ausführung sein Referat. In „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß sich ein Kollege schwer gegen die Verbandsinteressen vergangen hat. Nachdem mehrere Kollegen den Sachverhalt näher beschrieben hatten, wurde von der Versammlung einstimmig beschloßen, den Ausschluß des betreffenden Kollegen beim Verbandsvorstand zu beantragen. Nach einer Aufmunterung zur Agitation für den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Gelsenkirchen.** Endlich ist es auch hier der Arbeiterchaft gelungen, sich ein Lokal zu sichern, das einigermaßen ihren Ansprüchen genügt; es ist eines der besten Lokale am Orte. Die Vertretung der Gewerkschaften und der Partei hat mit dem Wirt Jagenhaag, Hochstraße 1, einen Vertrag auf vorläufig fünf Jahre abgeschlossen, wonach das Lokal allen Veranstaltungen der Arbeiter zur Verfügung steht. Auch die Bureau der Gewerkschaften und das Arbeitersekretariat werden darin verlegt. Ferner hat sich die Arbeiterchaft das Vorkaufsrecht gesichert. Der Vertrag ist unter Hinterlegung einer gegenseitigen Kaution von je 10.000 mark abgeschlossen. Gofentlich bekommt die Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen durch die Erwerbung eines Orts einen neuen Impuls zur künftigen Aufwärtsbewegung. Glückauf!

**Halle a. d. E.** In der am 6. September in der „Mortburg“ tagenden Mitgliederversammlung wurde zunächst die Streikabrechnung bekannt gegeben. Die Revisionen bestätigten ihre Richtigkeit, womit dieser Punkt erledigt war. Dann wurde über die dem letzten Verbandsstag beschloßene Gehaltsregulierung diskutiert. Kollege Röder unterbreitete der Versammlung folgende Resolution: „Die heute in der „Mortburg“ tagende Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Halle kann sich mit den auf dem letzten Verbandsstag gefassten Beschlüssen über die Gehaltsregulierung und Erhöhung für unsere Beamten nicht einverstanden erklären. Sie legt daher ganz energisch Protest dagegen ein. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Verbandstag bei Festsetzung der Gehaltsliste weit über den bei Gründung des Verbandes aufgestellten Grundsat: „der Gehalt soll in der Regel dem Durchschnitt eines Maurers am Orte entsprechen“ hinausgegangen ist. Auch der demokratische Gehalt, mit der Waffe zu führen und zu leben, ist nach Meinung der Versammlung in diesem Beschlusse nicht zum Ausdruck gekommen. Die Gehaltslisten können bei uns nicht so hoch sein wie in der bürgerlichen Gesellschaft; auch nicht in dem von uns angestrebten Staatswesen, wo jedes Mitglied, nicht nur einzelne, an den Aufzählungen teilnehmen, wo alle Klassenunterschiede verschwinden sollen. Jetzt, wo wir unter schweren Opfern die Gelder für die Kämpfe und Einrichtungen im Verbande aufbringen müssen, erachtet die Versammlung 20 pzt. mehr als der Höchstlohn eines Maurers am Orte für ausreichend, da doch jede Nebenansage durch Pflichten und Vergleichen ersetzt wird.“ Ferner protestieren die hallischen Maurer gegen die Verordnungen, Nachlassmachung und den Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht des Bezirksverbandes durch den Beschluß des Verbandstages in Bezug auf die Lokalstelle. Die Mitglieder haben Pflichten, deshalb fordern sie ihre Rechte.“

Die meisten Redner schloßen sich den Ausführungen Möders an. Mit großer Majorität wurde die Resolution angenommen. Dann wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen, die zu neuen Bedingungen gearbeitet haben, pro Tag 10 s. zu viel bezahlt haben. Nachloßen wurde, daß das Jahreslohn über das Gehalt, das der Kollege Dege jetzt auf Grund des Verbandsstagsbeschlusses bekommen soll, eine Ansprache herbeigeführt. Dege erklärte, daß er nichts von dem, was beschloßen, ablasse. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, diesem Beschluß nicht Rechnung zu tragen. Die nächste Versammlung wird darüber entscheiden. Ferner wurde ein Gehalt des Kollegen Köpken um Erlass seiner Streikbeiträge abgelehnt. Schließlich wurden einige Unwohlseinsscheine des Unternehmervorstandes auf Beschwerden bekannt gegeben. Die Kollegen werden ersucht, solche sofort zu melden.

**Anmerkung der Redaktion:** Wir können es verstehen, daß die hallischen Kollegen verärgert sind. Das begreift sich aus dem unglücklichen Verlauf der Lohnbewegung. Aber dieser Verdruß wird ja dadurch nicht geringer, daß man auf Verbandsstagsbeschlüsse und Verbandsentscheidungen schimpft und sie mit unangenehmen Mitteln bekämpft. Das sollten doch die hallischen Kollegen wissen, daß sie mit ihrem Protest nicht knall und Fall einen Verbandsstagsbeschlusse umrennen können. War der Beschluß irrig, dann wird er auf dem nächsten oder übernächsten Verbandsstag seine Nichtgeltung finden. Das kann aber nur geschehen, wenn man bis dahin die nötigen Erfahrungen gesammelt hat, daß der Beschluß verfehlt war. Gensicht kann man aber das bis dahin als Erfahrung hinnehmen, wenn man beschließt: Wir wollen nicht! Der Kollege Röder und die übrigen Beschlußfasser führen scheinbar eine hochentwickelte demokratische Gewinnung herbor. Aber es scheint auch nur so, denn Demokratie ist es wirklich nicht, was sie predigen und anwenden. Wenn man ihr Geboten beim richtigen Namen nennen will, dann kann man es nur als Anarchie bezeichnen. Wer irgend eine Gemeinschaft angehört will, ganz gleich welchen Zweck die Vereinigung verfolgt, muß verstehen oder lernen, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Es ist kein gutes Recht, für seine Ansicht zu streiten und zu versuchen, Anhänger zu gewinnen; bleibt er damit aber in der Minderheit, dann darf er nicht sagen: nun erst recht nicht! Nein, als guter Demokrat arbeitet er an dem Werke, wie es die Mehrzahl seiner Genossen beschloßen hat. So müssen auch die Kollegen vom hallischen Zweigverein, sobald sie dabei tun können, die Beschlüsse des Verbandsstages zur Durchführung bringen helfen. Der Verbandsdag ist die



Gesamtvertretung des Verbandes, ihm obliegt die Erledigung aller Verbandsgeschäften; er führt seine Beschlüsse nicht in der Sitzung, das Zweigvereins-Verfahren ist nach Belieben befolgt oder ignoriert werden.

**Hamburg.** (Situationsbericht.) In Nr. 15 des „Grundstein“ haben wir die Stimmung ausgedrückt, daß die Konjunktur in Hamburg nachteilig ihren Höhepunkt erreicht habe. Dies hat sich nunmehr leider bewahrheitet. Die Arbeitslosigkeit hat hier augenblicklich einen Umfang angenommen, wie wir sie seit mindestens zehn Jahren nicht kennen. Eine gewisse Störung in der Bauwirtschaft sind wir hier alljährlich in den Monaten Juli und August gewohnt, in den Herbstmonaten wurde die Nachfrage nach Arbeitskräften aber in der Regel recht lebhaft. Dafür sind leider in diesem Jahre gar keine Aussichten. Den reisenden Kollegen diene dies zur Beachtung, damit sie sich vor Schäden und Enttäuschungen bewahren. Die Baugewerkschaft „Einigkeit“ sucht sich die Arbeitslosigkeit zu nütze zu machen, indem sie ihren Tarif, der von uns nicht akzeptiert wurde, teilweise Geltung zu verschaffen sucht. Besonders handelt es sich um die Einführung des Wochenlohns am Donnerstag. Eine solche Abrechnungsmethode und Lohnzahlungsart hat die Hamburger Kollegenchaft von jeher bekämpft. Erfolgreich gelang es auch jetzt, wo es einzelne Unternehmern befiel, ihren Willen durchzusetzen, diese in ihre Schranken zurückzuführen, bis auf den Unternehmern selbst, über den noch die Sperre verhängt ist. — Zweigvereinsversammlungen wurden hier in der Zeit vom April bis September sieben abgehalten. Zur Maierei wurde wie in den Vorjahren die strikte Arbeitsruhe befohlen, und der Beschäftigte, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, gut durchgegriffen. — Die Kollegen von der Zement- und Kunststeinindustrie haben ihre Arbeitsbedingungen durch einen achtstündigen Streik verbessert. Daß die Kollegen so geschlossen vorgehen würden, hatten die Unternehmer nicht träumen lassen. Es war die Feuerprobe für die junge Sektion. — Zu dem ebenfalls bereits in Nr. 15 des „Grundstein“ erwähnten mäßigenden Eingangsbesuch mit der „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“ ist noch nachzutragen, daß sich in der ihnen gewährten vierwöchigen Frist circa 15 Mitglieder der Vereinigung wieder in den Verband aufnehmen ließen. Eine spätere Versammlung unseres Zweigvereins beschloß dann durch Erneuerung einer bereits im Jahr 1905 angenommenen Resolution, den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ ihre selbst gewählte isolierte Stellung auch auf den Arbeitsplätzen zu überlassen und keine Arbeiten mit ihnen gemeinschaftlich auszuführen. — Eine ziemlich gut besuchte Versammlung beschäftigte sich mit dem Ertragsbeitrag. Nach einem Referat des Kollegen Winnig glaubten zwar noch einige Kollegen, eine recht abfällige und recht blasse Kritik über die Maßnahmen der Verbandsleitung ausüben zu müssen, die meisten Redner vertraten aber eine gegenteilige Ansicht. Die Stimmung der Versammlung zeigte davon, daß man unter Berücksichtigung aller Umstände die Notwendigkeit des Ertragsbeitrages anerkannte. — Erwähnenswert ist noch, daß sich zwei Versammlungen mit der Krankenkassenfrage beschäftigten. Es kam wohl behauptet werden, daß in seiner Stadt eine solche Registrierung im Krankenkassenwesen vorhanden ist wie in dem Städtelager Hamburg-Altona-Bandorf. Große Summen sind es, die durch die Registrierung unwiderrücklich an Versicherungsbeiträge verausgabt werden, die aber durch eine Verminderung der Hilfskassen zweckentsprechender im Interesse der Mitglieder verwandt werden könnten. Daß von den Krankenkassenvorständen etwas unternommen wird, um hier Besserung zu schaffen, dafür ist keine Hoffnung vorhanden. Es bleibt der Arbeiterchaft Hamburgs weiter nichts übrig, um den so schwer belasteten Lebensstand zu beistehen, als für den Eintritt in die Ortskrankenkassen zu wirken. Bahnbrechend sind bereits die Sozialarbeiter vorgegangen, indem sie beschlossen, samt und sonders der Ortskasse beizutreten. Nachdem sich unsere Kollegen in Vorort- und Bahnhofsgruppenzusammenkünften ebenfalls eingehend mit dieser Frage beschäftigt hatten, wurde beschlossen, die Krankenkassensache in einem Zweigvereinsversammlung zu behandeln, um dann eine Urabstimmung vorzunehmen. Die inzwischen erfolgte Abstimmung in Verbindung mit der Aufnahme einer Statistik über die Krankenzugehörigkeit illustriert recht treffend die Registrierung des Krankenkassenwesens in Hamburg und Umgebung. Von den befragten Mitgliedern waren 4087 Mitglieder einer freien Hilfskasse, 5 gehörten einer Betriebskasse, 130 der Ortskrankenkasse an. Die Fragen, ob die Mitglieder gewillt seien, der Ortskrankenkasse beizutreten bzw. ob sie im Falle der Beigang des Unternehmers, sie anzunehmen, bereit seien, dieses mit allen gezielten Mitteln (eventuell Arbeitsentlassung) durchzusetzen, wurden beide mit klarer Dreiviertelmehrheit bejaht. Interessant ist nun die Tatsache, daß sich 3926 Mitglieder (161 hatten den Namen der freien Hilfskasse, der sie angehören, nicht angegeben) auf nicht weniger als 46 Kassen, wie folgt, verteilen: Zentralkasse „Grundstein zur Einigkeit“ 1488, Allgemeine Nr. 63 686, Allgemeine Nr. 32 377, Vereinigte Maurer Nr. 97 266, Große Arbeiterkassette Nr. 219 116, Teutonia 76, Große Vereinskasse Nr. 220 68, Rhönig 34, Germania 128, Eintracht 49, Victoria 36, Große Hamburg-Altonaer Arbeiterkassette Nr. 209 49, Schiffbaukassette 71, Militärische Kameradschaft 4, Freischütz 87, Allgemeine Krankenkassette Nr. 19 161, Große allgemeine freie Krankenkassette 16, Brüderliche Einigkeit 28, Zentralkasse der Zimmerer 2, Schiffbaukassette 13, Sania 16, Freie Hilfskassette Nr. 9 2, Morgenstern 6, Maurerkasse Bandorf 92, Zentralkasse der Maler 1, Gute Hoffnung 5, Eppendorfer Krankenkasse und Sterbekasse 3, Fortschritt 3, Dreifachkassette 3, Steinbecker Krankenkasse 20, Hindenburgkassette 4, Einigkeit der Kranken 3, Stellung 42, Militärische Brüderkassette Bahndienst 7, Eintracht 3, Einigkeit 2, August-Krankenkassette 3, ferner Zentralkasse der Krankenkassette, Freie Selbsthilfe, Große allgemeine freie Krankenkassette Nr. 151, Mitter St. Georg, Zentralkasse der Tapezierer, Kleinfelder bühnende Wehren, Freundschaffskasse, Fußkassette der Krankenkassette, Zentralkasse der Bauarbeiter und Verleger der Krankenkassette und Sterbekasse je 1. — Weiter die nunmehr zu treffenden Maßnahmen wird eine weitere Versammlung zu entscheiden haben. Ob es ratsam, in diesem Jahre noch in Aktion zu treten, scheint unter den obwaltenden Umständen recht fraglich. — In einer am 5. September abgehaltenen Zweigvereinsversammlung referierte der Gauvorsitzende Kollege Stöber über das Lehrlingswesen. (Siehe Verbandsprotokoll Seite 445.) Redner sprach am Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages die Meinung aus, daß, wenn der nächste Verbandstag auf Grund der angenommenen Resolution positive Arbeit leisten solle, jetzt der Anfang gemacht und die Lehrlingsfrage in das Arbeitsprogramm der Zweigvereine mit aufgenommen werden

müsse. Redner schlug die Wahl einer Lehrlingskommission vor, die sich ausschließlich dieser Frage zu widmen habe. Die Diskussion über diese Frage wurde im Sinne des Referenten. Die Wahl der beauftragten Kommission wurde bis nach einer Vorstands-sitzung, die sich noch näher mit der Frage beschäftigen soll, vertagt. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem mit uns im Vertragsverhältnis stehenden „Bund der Maurer- und Zimmermeister“, der entgegen den tatsächlichen Bestimmungen den Kollegen Arbeitsantrittsscheine zur Unterschrift vorlegt, deren Inhalt gegen den Vertrag verstößt. In einer Sitzung der Schlichtungskommission wurden diese Scheine von unserem Vertreter beanstandet. Über den Entschluß der Versammlung des Bundes soll in den nächsten Heften berichtet werden. — Einmalig sei noch erwähnt, daß der Zweigverein Hamburg am 10. August das 25-jährige Jubiläum einer ununterbrochenen Maurerorganisation unter reger Beteiligung der Kollegen feierte.

**Messe.** Sonntag, 1. September, fand hier die 14-tägige Versammlung statt. Die Mitglieder wurden um pünktliches Erscheinen in den Versammlungen gebeten und ermahnt, die Beiträge besser zu bezahlen, hauptsächlich die Ertragsbeiträge. Alsdann referierte Kollege Becker vom Zweigverein Dinslaken über den Zweck des Ertragsbeitrages. Er betonte, daß die Erhebung dieses Beitrages nicht wegen des Berliner Lohnkampfes geschehen sei, sondern er solle einer Verstärkung des Fonds dienen, um für den Fall, daß die Unternehmer 1908 versagen sollten, eine Massenarbeitslosigkeit vorzunehmen, getätigt zu sein. Alsdann referierte Kollege Becker über die Einstellung eines Sozialbeamten für Dinslaken und Messe. Er führte unter anderem aus, daß die christlichen Fachvereine von Dinslaken und Messe bereits seit längerer Zeit einen Sozialbeamten in Dinslaken angestellt hätten, der die Umgegend von Messe und Dinslaken agitiert habe. Nun ist die Frage aufgeworfen worden, ob es möglich sei, in unserem Zweigverein einen eigenen Sozialbeamten anzustellen. Es wurde zunächst beschlossen, eine besondere Mitgliederversammlung einzuberufen und dieser die Sache zu unterbreiten.

**Münster.** (Bildungsbestrebungen.) Der Vorstand des Zweigvereins Münster-Fürth hat im Verein mit dem Gauverband beschlossen, während der Wintermonate einen Unterrichtskursus einzurichten, in dem Kollegen unseres Verbandes besonders über das Wesen und die Entwicklung des deutschen Maurerverbandes unterrichtet werden sollen. Als Begegnungspunkte sind auszuheben: 1. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung unseres Verbandes. 2. Versammlungsleitung und das bayerische Vereins- und Versammlungsrecht. 3. Buch- und Kassensystem, soweit unter Verband in Betracht kommt. 4. Bauarbeiterkassette. Die Unterrichtsstunden sind unentgeltlich; es können auch Kollegen der umliegenden Zirkel und Zweigvereine daran teilnehmen. Besonders die jüngeren Kollegen machen wir heute schon auf diese Einrichtung, die zum Segen der Organisation werden soll, aufmerksam.

**Flensborg.** (Erweiterung auf den Bericht aus Nr. 35 des „Grundstein“.) Es heißt in dem Bericht: „Hier arbeiten seit einiger Zeit Kollegen aus Altona, die als Spezialarbeiter auftreten, aber nicht einmal ihre Pflichten als Verbandsmitglieder zu kennen scheinen.“ Sie haben sich nicht einmal angemeldet und scheinen. Sie führen die Altonaer Arbeiten aus, die bei uns verboten sind.“ So viel Worte der Bericht enthält, so viel Unwahrheiten enthält er auch. Als wir in Flensborg Arbeit aufnahmen, begaben wir uns zum Kassierer, Kollegen Wundt, setzten ihn von unserer Anwesenheit in Kenntnis und boten uns Anmeldung. Er erwiderte, daß er uns nicht anmelden wolle, weil wir in Altona arbeiteten. Nach Beweisen gefragt, sagte er: „Sie arbeitet in Altona, ich melde Euch nicht an; denn Ihr müßt doch wieder abreisen.“ Wir gingen selbstverständlich an, zu arbeiten. Abends gingen wir wieder, in die Wohnung des Kollegen Wundt, wo wir noch mehrere Kollegen trafen; wir fragten Wundt, was sie eigentlich gegen uns einzuwenden hätten? Hier war es doch recht, sich auszusprechen, aber nicht Wundt, was sie eigentlich von uns wollten; wir arbeiteten in Altona, immer wieder: „Ich habe dabei, Ihr arbeitet in Altona.“ — Ich meine, ein jeder Kollege wird es als selbstverständlich finden, daß ein Unternehmer fremden Maurern nicht mehr Lohn geben wird als den einheimischen, wenn sie sich nicht verpflichten, auch das nötige Arbeitsquantum zu leisten. Da mögen nun die Kollegen, wenn sie in fremden Orten hinarbeiten, ausüben, immer jagen: „Wir arbeiten in Altona, die zum Lohn verhältnismäßig die Arbeit müssen sie sich immer zu leisten verpflichten.“ Aber die Kollegen in Flensborg kommen und schreiben: „Wir scheinen unsere Pflichten nicht zu kennen, bleibt mir ein Rätsel.“ Das ganze Gebahren der Kollegen hat uns nur gereizt, daß es der pure Neid gegen die Weine zu der sie veranlaßt, uns Knüttel zu schicken, einem merken. Haben sich die Kollegen doch nicht geniert, einem Knüttel, der bei uns Kasse müßte, zu erklären: „Wenn Du bei denen arbeitest, müßtest Du den anderen Fuß auch noch brechen.“ Ein „christlicher“ Wunsch, der so recht zum Hausgenossen des Kollegen Wundt, der gerade schlecht reden, ihm kann eine Arbeitslosigkeit nichts anhaben; er schwingt seine Fackel auf die Schulter und nicht als Kollegen 30 Morgen Alder. Wenn die Kollegen nicht als Kollegen anerkennen können, ich habe mein Urteil auch über sie gefällt, die Zeit wird's lehren. — Was die Angelegenheit in Neu-Zemmeritz betrifft, so sind auch das Ausmaß und die jeder Unterlage entbehren. Die vier Kollegen, die in Neu-Zemmeritz einen halben Tag gearbeitet haben, konnten aber kein Logis bekommen und nahmen, als sie wieder abreisen, für diesen halben Tag pro Mann 2.50, Dies wird der Bauherr, Gustav Becker, dann in Neu-Zemmeritz bestätigen können. Der Kollege, der dort gearbeitet und diese Unannehmlichkeiten verbreitet hat, möge der seiner eigenen Tugend lehren. Ein Kollege will, er seinen Schornstein in Neu-Zemmeritz, eine Stunde von Flensborg, baut er Schornstein in Altona und arbeitet bis Wechs 7 Uhr. Den Beweis dafür trete ich an. Ich kann nur wünschen, daß noch recht viele fremde Kollegen in Flensborg arbeiten, dadurch steigt der Lohn und verbessern sich ihre Arbeitsbedingungen schneller, als durch ihre Anstrengungen.

Richard Ahrens.

**Rötha.** Die am 1. September abgehaltene, leider schonach beschudete Versammlung beschäftigte sich mit dem Wert der Vertikung der Arbeitszeit. Genosse Wittig-Beizig hielt darüber einen Vortrag und überlegte in klarer, sachlicher Weise die Kollegen von der Notwendigkeit der Vertikung der Arbeitszeit. Die Diskussion ergab einstimmige Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Unter „Innere Berufsangelegenheiten“ wurde der schlechte Versammlungsbesuch der Kollegen gerügt. Weiter wurde gerügt, daß einige Kollegen ihre Karten nicht da entnahmen, wo sie arbeiten. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, den betreffenden seine Karten mehr auszuhandigen, da er doch sonst gegen das Statut verfährt.

**Tangermünde.** Unsere Zweigvereinsversammlung am 8. d. M. hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Vorsitzende schilderte die Vorgänge, die sich hier in den letzten Wochen zugegetragen haben. Das Lokal des Herrn Bense war bisher eines unserer Verkehrslokale. Am 12. vorigen Monats erklärte sich jedoch Herr Bense mit der Einmütigkeit, die er von uns erzielt, nicht zufrieden zu sein und verlangte, daß sämtliche der Sozialdemokraten angehörige Sachen sobald als möglich aus seinem Lokal entfernt würden. Dessen Verlangen wurde am 14. August erfüllt, nun ein Anker in der Zeitung, worin Herr Bense nun tat, daß er den Sozialdemokraten sein Lokal entzogen habe. Die Form war eine maßlose Verhöhnung der Tangermünder Arbeiterchaft. Es wurde nun versucht nach einem anderen Lokal zu gehen, und es erklärte sich der Inhaber der „Stadt Magdeburg“ bereit, sein Lokal zu Arbeitsveranlassungen herzugeben. Am 24. August intervierte jedoch der Inhaber der „Stadt Magdeburg“ ebenfalls, daß er sein Lokal für beratende Versammlungen nie hergeben werde. Es wurde nun in der Versammlung beschlossen, diese beiden Lokale streng zu meiden.

**Mm.** Zu dem Bericht in der vorigen Nummer unseres Blattes erhalten wir folgende Berichtigung: In Nr. 86 Ihres Blattes bringen Sie in einem Versammlungsbericht unter III. u. a. auch folgendes, daß ich in einer öffentlichen Versammlung dort am 18. August gesprochen haben soll: „Die Arbeitgeber werden heute durch Verabreichung nach Lage oder Stundenlöhnen von den Arbeitern ausgebeutet, der Tagelohn arbeiten selber die Arbeiter hundentlang auf dem Acker und rauchen Zigaretten, Zigaretten sind ihnen nicht mehr gut genug.“ In Altona arbeiten sie mit allen Kräften, um den Tagelohn zu überschreiten und einen Ueberfluß zu erzielen, während sie hier Tagelohn dem Meister den Tag abheben!“ Ich erkläre hiermit, daß eine derartige Ausführung meinerseits nicht gemacht wurde.

Ludwig Marx,  
Sekretär des Gewerkschafts der deutschen Bauhandwerker.

#### Aus Oberschlesien.

In Nr. 35 des „Grundstein“ lesen wir einen kurzen Bericht über Mithras auf einem Bau in Neuborf. So bedauerlich solche Vorurteile sind, müssen wir leider doch erklären, daß sich diese Zustände nicht auf Neuborf und auf den Bau des Herrn Jaunich beschränken. Jaunich ist Mitglied des „Arbeitergewerkschafts“, der Vertrag, zwischen dieser Korporation und unserem Verein besteht, scheint er aber nicht zu kennen. Aber auch die Kollegen quälten sich wenig darum. Hier Antonienhütte-Neuborf — ist immer noch der düstere Winkel Oberschlesiens, trotz der überaus regen Bautätigkeit. Ach, was können wir hier alles durchgehen, wenn die Masse der Kollegen nicht so stupide wäre. Wenn sie nur so ganz allmählich den Wagen befriedigen können, dann ist ihnen alles andere gleichgültig. Hunderte von Fällen könnten wir anführen, wo die Bauherren nicht so beschaffen sind, wie sie sein wollen. Es soll der Fußboden gebiebt und Risse und Risse in genügender Zahl vorhanden sein. Nichts von alledem trifft man an, ebenso wenig Fenster mit Glas. In den Massenzimmern liegen 20 bis 30 Arbeiter auf dem blauen Fußboden, aber wenn es hoch hergeht, haben sie einen dünnen Strohhalm unter sich. Diese ist Lagerstätte, Pant und Tisch zugleich. Waschen sind unbekante Zugabegegenstände. Man nimmt einen Schüssel Wasser in den Mund, spuckt ihn in die hohle Hand und macht das Gesicht damit oberflächlich nach. Daß infolge dieser elendsten „Wäsche“ viele Augenkrankheiten entstehen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Unsere Aufklärungsarbeit, die ja in dankenswerter Weise durch den Zentralverband der Maurer Deutschlands und den „Grundstein“ unterstützt wird, findet leider immer noch mächtige Widerstände in den „Christen“ und „Bach-abeitern“. Diese Reduktionen scheinen es geradezu darauf abgesehen zu haben, die Maurer und Bauarbeiter überhalsen in Dummheit und Gleichgültigkeit zu erhalten. Für die geistige und materielle Hebung der Arbeiterchaft für die geistige und materielle Hebung der Arbeiterchaft „geadert“, aber bis vor zwei Jahren mußten die Maurer noch 11 Stunden des Tages für 2.70 bis 3.30 arbeiten. Als unser Verband den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnahm, da waren es die „Christen“, die uns in den Rücken fielen. Ihre Führer haben versucht, unsere Streikposten mit 25 % zu bestechen und sie zur Aufnahme der Arbeit zu verführen. Häufige Briefe und Depeschen wurden versandt, um die Streikenden irrezuführen und zur Aufgabe des Streiks zu veranlassen. So haben „christliche“ Arbeiterführer fort und fort im Bunde mit der Geistlichkeit und gemeinsam mit den Agenten der Unternehmer und der Polizei dafür gewirkt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter auf der elendesten Stufe bleibt.

Auch jetzt wieder sind es „christliche“ Streikbrecher, die den Baumeister Jaunich davor schützen wollen, daß er geordnete Zustände auf seinen Arbeitsstätten einführen möchte. Am 24. August legten 33 Kollegen die Arbeit nieder, um die schlechten Zustände, betreffend Bauherren und Arbeiter, zu beistehen; auch wollten sich die Kollegen nicht zwingen lassen, für 14 % pro qm zu pugen. Aber schon am 27. August waren zwei Polizei mit einer Kolonne „christlich organisierter“ Maurer da, die fröhlich, fromm-frech die Arbeit aufnahmen. Ihnen schlossen sich



zwei „Christliche“, die die Arbeit mit niedergelegt hatten, an. Alles wurde, die Arbeit doch wieder einzustellen, war vergebens. Versprochen haben sie es freilich, sogar auf „Ehrentwort“, aber was ist solches Ehrentwort. Sie lebten 2 1/2 mehr für das am Tag als die Streikenden haben sollten, worüber sie so feilschensüchtig sind, daß sie sich auch ganz ohne Baubüchse und Abort helfen würden.

In Oberösterreich ist halt noch ungeheuer viel Aufklärungsarbeit zu verrichten.

### Aus Ungarn.

Budapest, im September.

Am 15. September ist es ein Jahr, daß der von dem Baumeisterverband selbst herausgegebene Kampf begann, der die Budapestler Maurer und Bauarbeiter zu willenlosen Sklaven machen sollte. Für die Öffentlichkeit ist der Kampf mit der amtlichen „Vernehmung“ unserer Organisation beendet, aber an die Folgen ihres Sieges werden die Unternehmer ihre Bezüge denken. Was sie erstreben, haben sie nicht nur erreicht, im Gegenteil, sie haben den langsam glimmenden Funken zu gewaltigen Flammen des Kampfes angezündet, die im Vergleich begriffen Gegenstände ins Unendliche ausgepumpt und unser Inneres mit Haß erfüllt.

In dem soll der Haß nicht entflammen gegen eine Körperschaft, die unter beschämendem Beistand aus Arbeiter auf das Niveau des Kaffeehaus einbeziehen will, damit wir uns willenlos in ihre Fesseln beugen. Unmöglich hätte der Meisterverband gegen unsere Organisation und deren zehnjährige Arbeit auf wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet zu Grunde gerichtet, weil sich die Unternehmer nur rüchardlose, hündische Individuen als Arbeiter wünschen, die sie nach Vergewaltigung ausbeuten können. Was den Herren gar so weh tut, das ist die Selbstständigkeit und Widerstandsfähigkeit der Arbeiter; freilich steht den Herren vom „Schneiderverband“ der Mut, dies offen einzugehen.

Die von dem Meisterverband einseitig aufgestellten Verträge werden von den Arbeitern nicht eingesehen. Der Verband mag Ausperrungen veranlassen, so viel er nur will, die Maurer sind heute nicht mehr einzuschüchtern; im Gegenteil: sie werden immer kampfbereiter und erwarten kaum den Augenblick, wo sie den Angriff der Baumeister um so kräftiger zurück schlagen können. Die Organisationsidee dringt bei den Maurern überall durch und sie werden die von den Meistern so sehr gefürchtete Waffe in Kampfe solange gebrauchen, solange das Arbeiterrecht nicht anerkannt wird.

Umsonst werden alle Maßregeln der Regierung und des Unternehmertums sein. Die Maurer kann man heute nicht mehr an der Kasse herumführen. Umsonst wurde der „Fortbildungsverein“ gegründet; der selbstbewußte Maurer wird in demselben niemals Mitglied sein, weil er weiß, daß dieser Verein nur dazu dient, den Meistern „Arbeitswilligkeit“ zu liefern. Die Maurer wissen, daß die Mitglieder dieses „Vereins“ Gestalten sind, die nicht einmal mehr in den Schnapsstubein gebildet werden. Individuen, die immer nur Feinde der Arbeiterklasse waren.

Auch die Parteiführer, die jetzt den Karren der Ausbeuter schieben, werden eine bittere Enttäuschung erleben. Daß die Kollegen jetzt bei ihnen arbeiten, bedeutet keine Unhänglichkeit zu ihnen, sondern es ist der Haß, den sie nur so gehörig zum Ausdruck bringen können, wenn sie bei ihnen arbeiten und — auf die richtige Gelegenheit warten. Ebenjowenig hat sich der Arbeiterverein der Szekessy bewährt, weil auch diese Ausbeuterobjekte der Baumeister ihre elende Lage durchschaut und sich davon überzeugt haben, daß ihr Lohn für die 15 bis 16 stündige Arbeitszeit auch nur ein Hungerlohn ist. Dabei müssen sie noch eine Doppelrolle spielen — beim Unternehmer den Arbeiterfeind, beim Arbeiter den Arbeiterfreund.

Das Blatt der Ausbeuter schreibt, daß es gelingt, die auf den einzelnen Bauten ausbrechenden Bewegungen zu unterdrücken, oder in der Scharfzäugerprache: „die Ruhe herzustellen“. Wohl! gelingt es den Unternehmern in einzelnen Fällen, durch grenzenlosen Terrorismus unsere Millionen zu vereiteln, ihr „Siege“ ist jedoch nur von kurzer Dauer, weil tief einwurzelnde Uebel mit einem äußeren Säbenantritt nicht geheilt, sondern höchstens nur verdeckt werden können.

Die Meister haben uns einen bedeutend günstigeren Dienst erwiesen, als sie es gar glauben würden. Ihr Angriff gegen uns hat der Maurerorganisation einen solchen Aufschwung gegeben, wie er Jahre hindurch schwer zu erreichen gewesen wäre. Infolge ihrer Denunziationen wurde unser Verein aufgelöst, wodurch sie uns unmöglich, es mit dem Ausbau unserer freien Organisation zu versuchen, was nach kurzer Zeit auch gelungen ist. Heute verfügen wir über eine Organisation ohne Statuten und ohne höhere Genehmigung, ferner über ein Haus- und Straßen-Vertrauensmännertum und haben eben so viel zahlende Mitglieder als ehemals. Diese Organisation versteht weder ihre Arbeit, die den Meistern noch viele bittere Tage verursachen wird — obs ihnen gefällt oder nicht. Sie können uns denunzieren, können ihrem schwarzen Grafen befehlen: „Döse auf!“ — wir streben weiter unseren Ziele zu, möge kommen, was immer will.

### Aus England.

Der Kongreß der englischen Gewerbetreie hat in Bath stattgefunden. Die Zahl der Delegierten betrug 521 (unter ihnen 34 Parlamentarier), die 1.700.000 Mitglieder vertreten. Die Trades Unions sind also ungefähr 10 mal mehr als die freien Gewerkschaften Deutschlands. In seiner Eröffnungsrede sagte der Vorsitzende, das Parlamentariermitglied Gill: Früher habe man die Gewerbetreie mit Misträuen betrachtet, jetzt aber nähmen sie im ganzen Königreich öffentliche Stellen an aller Art ein, und die Verbindung zwischen den Gewerbetreie und den Regierungsbehörden sei enger als je zuvor. Unter den Fortschritten der sozialen Gesetzgebung, die seit dem vorjährigen Kongreß in Liverpool zu verzeichnen seien, hob Herr Gill zunächst das Gesetz über Arbeitsfreistellung hervor. Viele hochgeborene Lords hätten sich schroff gegen den Entwurf ausgesprochen, aber die Stimme der Gewerbetreie sei durchgedrungen. Das Oberhaus habe das Gesetz zuletzt gegen seinen Willen angenommen, weil es einen Kampf mit den Verbänden gegederten Arbeitern gefürchtet habe. Das sei aber der

beste Beweis für die Macht, die das geeinte Volk besitze. Den Unternehmern sei nun nicht mehr gestattet, die Rechte für die Handlungen einzelner Personen bei Auslandsvergehen haßbar zu machen. Das Gesetz über die Entschädigung von Arbeitern und Diensthenden für Betriebsunfälle nannte Gill ein treffliches Werk, für das die Arbeiter der Regierung Dank schulden.

Eine kleine, aber wertvolle Maßregel sei die Bestimmung über die Festsetzung von Schulfürdern. In London allein schätze man die Zahl der Kinder, die jeden Morgen ohne ein einigermaßen genügendes Frühstück zur Schule gingen, auf 120.000. Möge das nun auf Nachlässigkeit oder Armut der Eltern beruhen, der Staat dürfe jedenfalls nicht dulden, daß ein Kind Schaden leide; schon dem wirtschaftlichen Standpunkt müsse er darauf halten, daß das Kind aus dem Unterricht, den er bietet, Nutzen ziehe. Das Gesetz beseitige übrigens nicht die Verantwortung der Eltern, da die Kosten von zahlungsunfähigen Eltern eingezogen werden könnten. Trotz dieser Fortschritte sei es noch lange nicht an der Zeit, daß sich die leitenden Männer auf ihren Lorbeeren ausruhen; eine Regierung, die dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung nicht die größte Aufmerksamkeit widme, werde sich nicht lange am Ruder erhalten. Eine wichtige Frage sei der Achtungsentzug für Vergewaltiger. Die Bewegung dafür habe an Kraft gewonnen.

Eingehend behandelte der Redner die Frage der Arbeitslosigkeit. In den letzten beiden Jahren habe der Handel einen bedeutenden Aufschwung genommen, die Gewinne der Industrie seien außergewöhnlich hoch gewesen, die Ausfuhr sei in großen Sprüngen gestiegen. Einige Gewerbetreie hätten sich einen Anteil an dem vermehrten Gewinne zu sichern gewünscht, andere Vereine, die zu wenig gefestigt seien und deren Mitglieder zu wenig heizuernten, hätten nur geringen Nutzen daraus gezogen, denn die Arbeitgeber berücksichtigten die Ansprüche ihrer Arbeiter nur insoweit, als diese sie mit Gewalt durchdrücken könnten. Wenn in einzelnen Zweigen auch die Löhne gestiegen seien, sei doch die Lage vieler Arbeiter fäglich. Die Gründe seien unklar zu erkennen. In manchen Industriezweigen, die früher nur Handarbeit gemacht hätten, sei die Maschine eingebracht; in Maschinenbetrieben sei die Leistungsfähigkeit der Maschinen unablässig gesteigert worden. Ferner würden die beschäftigten Arbeiter stärker ausgebeutet und die Arbeiterstunden hätten eine unzulässige Höhe erreicht. Die Zunahme der Maschinenarbeit könne man nun so wenig hemmen, wie Mutter Barington die Flut mit ihrem Weien zurücktreiben könne. Die Arbeiter müßten zielbewußt ihre Anstrengungen dahin vereinigen, möglichst gute Löhne aus der Maschinenarbeit zu ziehen. Die Arbeiterstunden seien, wo es irgend anginge, zu unterdrücken; es bedürfe hierzu keines Eingreifens der Staatsgewalt, die Arbeiter selbst hätten es in der Hand, Wandel zu schaffen. In Zeiten der Geschäftslage solle der Verlust gleichmäßig verteilt werden, besser sei es, die Gesamtzahl der Arbeiter wäre nur an fünf Tagen der Woche tätig, als daß ein Fünftel der Arbeiter überhaupt ohne Beschäftigung sei. Das sicherste Mittel in den Industriezweigen, die am meisten unter einer schlechten Geschäftslage litten, bestünde darin, die Arbeitsstunden immer mehr herunterzudrücken. Inzwischen müßten Staat und Gemeinde bestrebt sein, ungelern Arbeiter Beschäftigung zu geben.

Ueber die Altersversicherungsforderung ließ sich Herr Gill dahin aus: Die einzige richtige Lösung der Frage sei die, daß jedem Arbeiter ohne Unterschied, und ohne daß er irgendwelche Beiträge zu liefern brauche, nach Erreichung des sechzigsten Lebensjahres ein Ruhegehalt von mindestens fünf Schilling wöchentlich gewährt werde. Wie die nötigen Mittel aufzubringen, sei Sache des Schatzkassiers.

Ueber die Beziehungen zwischen dem Gewerbetreie und dem sozialistischen Flügel und über die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens im Parlament kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Vorschlag des parlamentarischen Ausschusses, die auf eine Einigung der verschiedenen Gruppen hinielenden Bemühungen fortzusetzen, wurde angenommen.

Die Tätigkeit englischer Arbeiter als Streikbrecher im Ausland wurde lebhaft erörtert. Das Unterhausmitglied Ward stellte den Antrag, der Kongreß möge den schärfsten Tadel über die englischen Arbeiter aussprechen, die sich kosmopolitischen Vereinigungen, verbünden hätten und sich in Arbeiterfreistellung des Auslandes einmischten, denn gewissenlose Kapitalisten gruppieren benutzten dies, um Unfrieden zwischen die Arbeiter der verschiedenen Länder zu säen und das allgemeine Streben aller Arbeiter der Welt nach Kameradschaft und gegenseitiger Hilfsbereitschaft zu durchkreuzen. Die Regierung solle sich dem Parlament ermächtigen lassen, denen das Handwerk zu legen, die Streikbrecher nach anderen Staaten ausführen, und so der Gefahr von Verwundungen vorbeugen, die aus solchen Wagenfahrten entstehen könnten. In der Begründung seines Antrages sagte Ward, es sei geradezu eine Schmach, daß in England Streikbrecher angeworben würden, um den Arbeitgebern zu helfen, die in Antwerpen und an anderen Orten die Meinungen ihrer Arbeiter um eine Besserung ihrer Lage unterbänden. Wahre Engländer könnten sich nicht zu einem so schmutzigen Werk veranlassen. Andererseits aus London erklärte, er wisse nichts Schändlicheres als das Auftreten sogenannter englischer Arbeiter in Antwerpen. Wie könne man von Chinesen-Arbeitern schwagen, wenn die in einem Schiff nach Hamburg beförderten Leute wie das Vieh zusammengepackt und gezeichnet worden seien. Kein Wunder, wenn der englische Name in den Kaiser fremder Arbeiter sinke. Nach weiteren bestimmenden Reden wurde der Antrag einstimmig angenommen und den Ausführenden in Antwerpen telegraphisch mitgeteilt.

Ein weiterer Antrag richtete sich gegen das Oberhaus. Cooper aus London regte an, der Kongreß möge das Vorgehen des erblichen Oberhauses bei Zurückweisung solcher Maßregeln beurteilen, die von den ge-

wählten Vertretern des Volkes im Unterhause angenommen worden seien, da dadurch der politische und soziale Fortschritt gehemmt werde. Er möge die Regierung drängen auszufragen, Schritte zu tun, um diese privilegierte Versammlung abzuschießen oder ihre Machtbefugnisse einzuschränken, und dadurch ein Hindernis beseitigen, das sich der Ausführung des Volkswillens durch seine erblichen Vertreter entgegenstelle. Im Oberhause führte Cooper aus, sieben Leute, die sechs Millionen Geld aus englischen Böden ihr eigen nannten, schwere Grundrente davon erhoben und im Durchschnitt einen Brutto-Einkommen von 125.000 Pfund hätten. Wären das unparteiische Männer, die sich mit der Gesetzgebung befassen dürften? Die Geschichte des Oberhauses sei die eines fortwährenden Widerstandes gegen politische, soziale und religiöse Reformen. Er sei für die Abschaffung des Oberhauses. Dieser Antrag wurde angenommen. Die englischen Gewerbetreie sind damit in eine hochwichtige politische Aktion eingetreten.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 1. bis 7. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Friedrichsberg: Berlin M. 400; Hensburg 800; Danzig 800; Halle a. d. Saale 200; Hünzburg 200; Bamberg 200; Verden a. d. Aller 150; Groß-Möckern 130; Hünzburg 100; Sonnenburg i. d. Neumark 100; Boplar i. Anhalt 100; Senba (Bezirk Halle) 100; Liepe a. Hünzowental 100; Stralsburg i. Hsl. 100; Duisburg 100; Schleierstein 90. Summa M. 2670.

Zusatz erhielt Frankfurt a. d. Oder M. 300.

Altona, den 7. September 1907.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Doni Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Vaneinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Altenburg. Auf dem Erweiterungsbau der Altenburger Spielkartenfabrik in der Fabrikstraße passierte Dienstag den 27. August, Vormittags 11 1/2 Uhr, ein Unglücksfall, der recht traurig zeigt, wie leichtsinnig Unternehmer oftmals mit dem Leben der Arbeiter umgehen. Beim Grundausbaggeren an der Straßenseite in einer Tiefe von annähernd drei Meter war nicht abgesehen worden. Baumeister Frenzel, der bekannte Altenburger Vertrauensmann der Bauberufsgenossenschaft, der den Bau ausführt, wurde von dem Polter aufmerksam gemacht, daß bei dem letzten Boden abgefeilt werden müsse. Herr Frenzel war anderer Ansicht: er befahl dem Arbeiter Kramer, noch einige Spatenstiche tiefer zu graben. Dieser hatte aber noch nicht den zweiten Spatenstich getan, als von der Straße her die Wand zusammenbrach und ihn beinahe begrub. Kramer hat eine Verletzung des Schlüsselbeins und sonstige Querschnitte erlitten. Es ist noch verhältnismäßig gut abgegangen. Ob der Unfall dauernde Folgen für Frenzel hat, ist jetzt noch nicht zu sagen; er hätte aber ebensogut den Leichnam des Unternehmers mit dem Leben dürfen können. So etwas passiert bei demselben Herrn Frenzel, der feinerzeit auf dem Verbandskongreß der Thüringischen Bauberufsgenossenschaft einzelnen Sektionen den Vortrags machte, daß die hohen Rentenentschädigungen auf schlechte Durchführung der Unfallversicherungsbedingungen zurückzuführen seien, was ja, nebenbei gesagt, ganz unsere Meinung ist. Aber Herr Frenzel hielt dabei den übrigen Sektionen die Altenburger als Muster vor, weil da die geringsten Entschädigungen gezahlt werden. Nun sind aber viele Altenburger Bauarbeiter der Ansicht, daß die niedrigen Rentenentschädigungen im Altenburger Bezirk weniger auf die bessere Durchführung der Unfallversicherungsbedingungen, als vielmehr auf die „Gegensätze“ Tätigkeit des Herrn Frenzel beim Schiedsgericht für Arbeiterverfeuerung im Interesse der Berufsgenossenschaft gegen die Verletzten zurückzuführen ist. — Auf dem im Bau begriffenen Herzog-Ernt-Weit bei Oberlößla hat sich Donnerstag, den 5. September, ein schwerer Unglücksfall ereignet. Ein Gerüst, auf dem zwei Maurer beschäftigt waren, brach in dem Augenblick, als es ein Kalfträger mit seiner Last betrat, alle drei Mann mit sich in die Tiefe reißend. Der Kalfträger kam mit einigen Verletzungen am Kopf davon, konnte aber nach einiger Zeit seinen Weg allein nach Hause antreten. Von den Maurern kam der eine mit dem bloßen Schrecken und einigen Querschnitten davon, während der andere schwer verletzt wurde. Ein Kalfträger war ihm beim Sturz auf den Unterleib gefallen. Er trug, wie der Arzt bei einer flüchtigen Untersuchung feststellte, einen Bruch davon, wahrscheinlich hat er noch innere Verletzungen erlitten. Bewußtlos wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Die Ursache des Zusammenbruchs ist, daß eine 4,50 m lange Gerüstlänge mitten durchbrach. Wie die am Bau beschäftigten Arbeiter behaupten, soll diese Stange gemeinsam mit anderen Holzern nahezu ein Jahr in einem Knüttelbaum, der tagtäglich mit den schwersten Lasten befrachtet wurde, gelegen haben. Daß unter solchen Umständen der dicke Gerüstbaum widerstandsfähig wird, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Verantwortlich für die Bauausführung sind der Polier Krahnert und der Baumeister Rapp, beide aus Meuselwitz.

Bremen. Die Gewohnheit ist des Menschen Amme, heißt es irgendwo in dem deutschen Sprichwörterbuch, und zur Gewohnheit scheinen den Bremer Maurern auch die Unfälle werden zu sollen. Viele Kollegen sind schon zu abgestumpft gegen die Fähigkeit und Mißstände aller Art, daß sie gar kein Aufhebens davon machen, ja nicht einmal schwere Unfälle werden dem Vereinsvorsitzenden zur Untersuchung und Verurteilung gemeldet. Erst durch dritte Hand erfahren wir von den folgenden Unfällen, die doch wohl geeignet sind, der Kollegenschaft bekannt zu geben, damit sie auf die Schäden aufmerksam werden und sich auf die Notwendigkeit besinnen, dem Arbeiterschutz erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Mißstände und Unfälle







